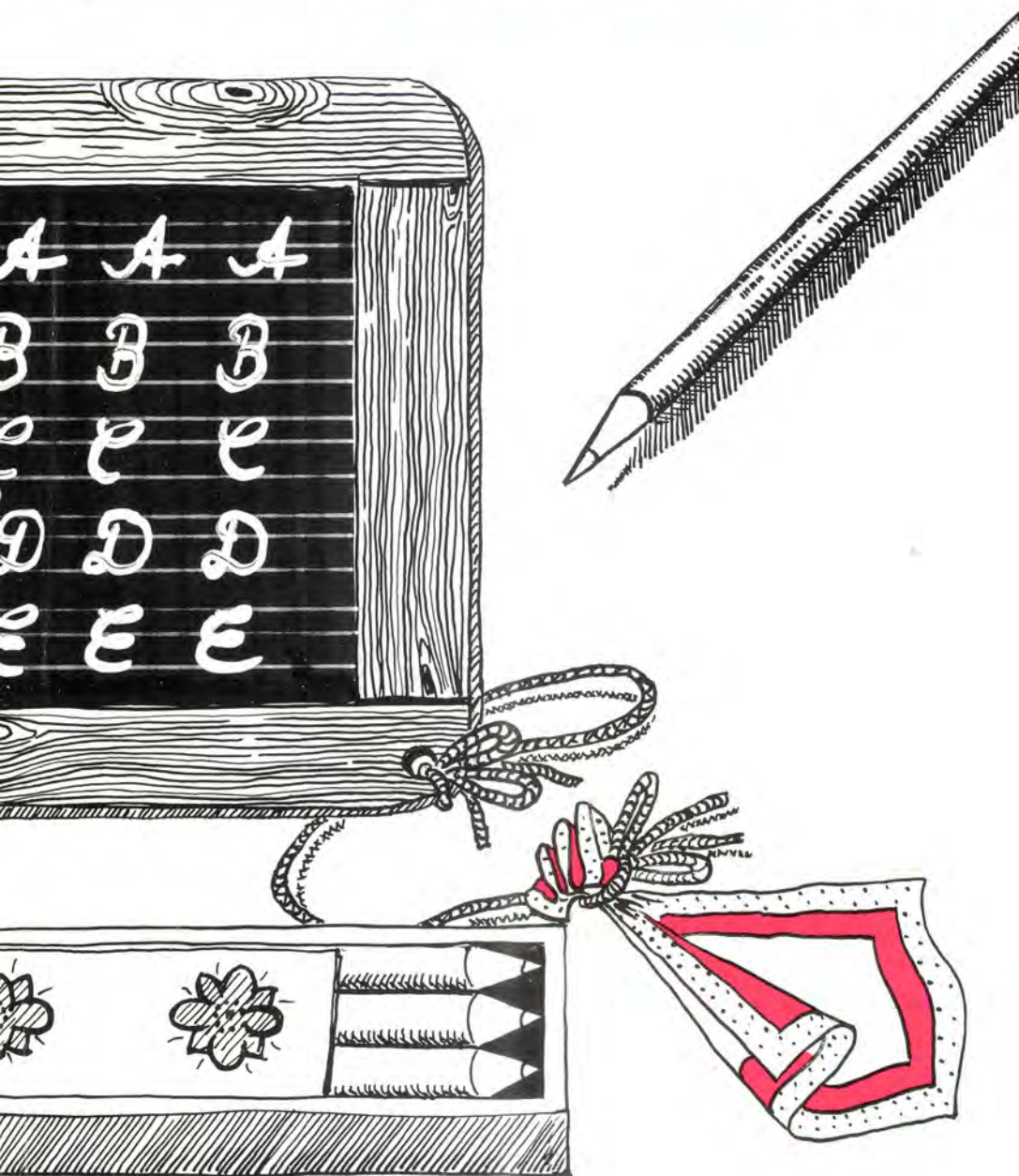
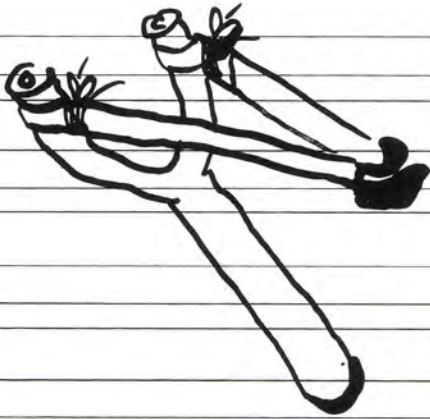


Maurmer Neujahrs-Blätter 1998



Hausaufgabe

Seite 18



Maurmer Neujahrs-Blätter 1998

Die Autoren dieser Ausgabe:

Walter Bernet, Uessikon
Gisela Goehrke, Forch
Theres Held, Egg
Ulrich Knobel, Forch
Marianne Leemann, Maur
Max Meier, Maur
Hans-Rudolf Thalmann, Forch

Maurmer Chronik:

Helen Aeberhard, Maur

Bilder:

Nachweise jeweils am Schluss der Beiträge

Redaktion:

Walter Bernet, Gisela Goehrke, Silvia Orlando Akagi,
Robert Rietiker, Hans-Rudolf Thalmann

Gestaltung:

Umschlag: Hans Schuppe, Forch
Inhalt: Silvia Orlando Akagi, Maur

Lithos:

DiGiT AG, Maur

Druck:

Schippert AG, Ebmatingen
(auf chlorfreiem Papier)

© 1998 Kulturkommission der Gemeinde Maur
Abdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Inhalt

Von der Schiefertafel zum Computer Zum Thema der Maurmer-Neujahrsblätter 1998 <i>Walter Bernet</i>	4
Geburtswehen der Zürcher Volksschule Von den Anfängen bis 1798 <i>Max Meier</i>	7
Der steinige Weg zum Bildungsbewusstsein Das Jahrhundert von 1859 - 1959 <i>Marianne Leemann</i>	30
Die Entwicklung der Oberstufe Maur <i>Theres Held</i>	44
Mit Riesenschritten ins Jahr 2000 Schule von 1959 bis heute <i>Ulrich Knobel</i>	55
Als die Schule noch im Dorf stand <i>Gisela Goehrke</i>	81
Portrait 1998 Helen Aeberhard <i>Hans-Rudolf Thalmann</i>	85
Maurmer Chronik 1996/97 <i>Helen Aeberhard</i>	89

Von der Schiefertafel zum Computer

Zum Thema der Maurmer Neujaahrsblätter 1998

Der Begriff Schule ist in der Schweiz nach wie vor mit dem Namen Pestalozzi verbunden. Menschenbildung soll die Schule betreiben, Kopf, Hand und Herz gleichermaßen fördern und formen. Ein edler, ein hoher Anspruch. Pestalozzi selber ist mit seinen Unternehmungen gescheitert, und als die «Volksbildung als Volksbefreiung» mit den demokratischen Umwälzungen in den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts sich auch auf der Landschaft durchzusetzen begann, waren andere die Bannerträger, zum Beispiel der Zürcher Erziehungsrat und Direktor des ersten Lehrerseminars in Küsnacht, Ignaz Thomas Scherr.

Pestalozzi war zu jener Zeit fast vergessen und wurde erst später wiederentdeckt. Dass die Geschichte der Volksschule seither zu einer beispiellosen Erfolgsstory geworden ist, hat andere Hintergründe: Es waren die Bedürfnisse der sich rasch entwickelnden Industrie, des Handels und Gewerbes, und es war das Interesse des demokratischen Staates, dessen Anfänge wir dieses Jahr feiern, welche nach urteilsfähigen und gut ausgebildeten Menschen verlangten.

Die Volksschule wurde auf der Ebene der demokratischen Keimzelle, der Gemeinde, angesiedelt. Bis heute ist eine Gemeinde ohne eigene Schule keine vollständige Gemeinde: Die eigene Schule ist – auch buchstäblich – das Kostbarste, was die lokalen Gemeinwesen besitzen. Sie führt wie keine andere Institution Menschen zusammen, ob Kinder oder Erwachsene. Sie begründet Freundschaften und sie prägt Biographien. Kein Mensch vergisst seine Schulerfahrungen; keiner verzeiht dem ungerechten Lehrer und jeder bleibt dem gerechten dankbar. Das von Gisela Goehrke aufgezeichnete Gespräch mit vier ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Maurmer Schulen ist der beste Beleg.

Die Verankerung in der lokalen Gemeinschaft ist das eine, was die Schule auszeichnet. Dafür, dass es dabei nicht immer konfliktfrei abgeht, bietet die Maurmer Schulgeschichte manches Beispiel. Schon Pfarrer Kuhn, dem wir unersetzliche Aufzeichnungen dazu verdanken, wusste davon zu berichten. In jüngerer Zeit ist die Auseinandersetzung um den Standort des Oberstufenschulhauses in den sechziger Jahren berühmt geworden. Theres Held zieht dennoch eine positive Bilanz. Auch dem politischen Streit, der Unversöhnlichkeit von Weltanschauungen kann sich die Schule nicht entziehen, was einer unserer Autoren mehr als alle anderen am eigenen Leib erfahren hat.

Das andere prägende Element der Schule ist der Zwang zum stetigen Wandel. Neben Theres Held sind es Max Meier, Marianne Leemann und Ulrich Knobel, welche diesen Aspekt in ihren chronologisch sich ergänzenden Darstellungen zur Geschichte der Maurmer Schulen herausheben - und bis in die nähere Zukunft ausleuchten. Immer hatte die Schule mit Abwehrhaltungen gegen das Neue zu kämpfen, und oft hat sie sich kritisch gegen Neues auch selber gewehrt. Gerade die unmittelbare Gegenwart stellt die Schule vor zahlreiche neue Herausforderungen, mit denen sie genauso Mühe bekundet, wie die sie umgebende Gesellschaft. In Ulrich Knobels Beitrag werden die Mühen mit dem gegenwärtig von den übergeordneten Behörden vorgeschlagenen Reformtempo deutlich. Tatsächlich beschleunigt sich die Kadenz der Veränderungen laufend. Noch kaum wirklich abzusehen sind die Folgen der Umwälzungen in der weltweiten Telekommunikation und in der Medienwelt. Dass das Schulwandbild und der Hellraumprojektor aber bereits heute durch den Bildschirm mit Internet-Anschluss ergänzt, wenn nicht gar abgelöst werden, ist ein Faktum. Unsere Autoren und Autorinnen sind oder waren fast alle Lehrkräfte. Ihre persönliche Auseinandersetzung mit dem Wandel der Schule kann aber auch künftig kein virtuelles Lehrprogramm ersetzen.

Manches fehlt in den vorliegenden Blättern zur Schule in Maur und viele Aspekte bleiben unbeschrieben. Eines wollen wir aber nicht vergessen: Neben allem Wandel ist die Schule auch auf Kontinuität angewiesen. Nur das tagtägliche Engagement vieler Menschen kann sie

gewährleisten. Das diesjährige Maurmer Porträt hebt mit Helen Aeberhard eine Persönlichkeit hervor, welche dafür beispielhaft steht.

Walter Bernet

Geburtswehen der Zürcher Volksschule



Von den Anfängen bis 1798

Erstmals im Jahre 1571 kommen in der Kirchengutsrechnung von Maur Ausgaben für einen Schulmeister, einen Fahrennden, einige Mütt Kernen und wenig Batzen vor. Als feste Einrichtung erscheint die Schule erst 1628 in der Landschulordnung von Antistes J. Breitingen für Zürich 1637. Niedrige Schulstuben, vollgepfropft mit Schülern: 1638 in Maur 70, in Aesch und Ebmingen zusammen 62. In stickiger Luft lernten die Schüler Bibelverse und fromme Lieder. Die Schule war Dienerin der Kirche. Der Schulmeister hing ganz vom Pfarrer ab. Das war in allen Gemeinden so. Die grosse Armut der Bauern verursachte dauernden Widerstand gegen den Schulbesuch, der nur im Winter stattfand. 1684 entstand zwischen Maur, Ebmingen, Aesch und Uessikon ein Streit um die 80 Pfund Reparaturkosten des Schulhauses in Maur, der zuerst vom Landvogt von Greifensee, dann vom Rat in Zürich entschieden werden musste. Es ging um Beiträge von 10 oder 12 Pfund für die Aussengemeinden.

Bemerkenswert war der Einfluss des 30-jährigen Krieges. Die Bauern konnten Käse, Anken und Vieh ins hungernde Nachbarland zu sehr guten Preisen liefern. Die wirtschaftliche Blüte ermöglichte den Bau von Schulhäusern. Die Regierung lieferte erstmals Kalk und Ziegel, die die Schindeln ersetzten. Der spanische Erbfolgekrieg von 1701-13, der Südwestdeutschland verwüstete, hatte die gegenteilige Wirkung. Der Handel brach zusammen, die Gemeinden verarmten und verkauften die Schulhäuser. Lange Jahre war keine Schule mehr. 1726 hielt in Maur Schulmeister Kunz wieder Schule, in seinem eigenen Hause. Erst 1729 war Maur imstande, ein Schulhaus zu bauen. Der Schulmeister lebte kärglich, jedes Kind brachte täglich ein Scheit. Je mehr Schüler, desto besser sein Lohn, zu dem jährlich ein Paar Schuhe gehörten.

Was lernten die Kinder? Notdürftig buchstabieren, etwas lesen, schreiben «wunderwenig». Vom Jahr 1675 gibt es eine Rekordmeldung: 100 Schüler der Kirchgemeinde konnten den 119. Psalm (176 Verse) auswendig. Der Pfarrer schrieb dem Lehrer die Zahl der Sprüche, Psalmen und Lieder vor, die auswendig zu lernen waren. 1772 wurde festgehalten, dass in Maur 12 von 41, in Ebmatingen 7 von 22, in Aesch 6 von 18 Kindern Lieder abschreiben konnten. Geschriebenes konnten die wenigsten lesen. Im gleichen Jahr gab es Streit um die Einführung der Sommerschule, in Maur drei Tage, in Aesch und Ebmatingen zwei Tage. Sie verursachte in allen Gemeinden heisse Diskussionen.

1778 gab es eine Schulordnung für den ganzen Kanton: 2 Tage Sommerschule, Schulpflicht vom 5. bis 10. Altersjahr, darauf folgte die Repetierschule zur Wiederholung des Katechismus, dazu wurden Nachtschulen eingerichtet, 2 bis 3 Stunden, um die Bibel zu lesen und Lieder zu lernen. Weil viel nächtlicher Unfug vorkam und immer Klagen erfolgten, musste sie aufgegeben werden. Aus dem Jahre 1762 wird gemeldet, dass fast in jedem Haus eine Bibel vorhanden sei. 1771 erschien eine zürcherische Anleitung für Landschulmeister, um das jämmerliche Bildungsniveau der Lehrer zu erhöhen. Die Eltern blieben gegenüber der Schule und der Arbeit der Schulmeister während der ganzen Epoche des Ancien Régime, also während der 200 Jahre der Zürcher Aristokraten-Herrschaft weitgehend gleichgültig und interesselos. Die grosse Armut war die Grundursache dafür. Einige Kinder schämten sich, mit ihren zerschlissenen Kleidern in die Schule zu gehen, viele mussten weben, spulen oder spinnen. 1715 wird festgehalten, dass der Schulbesuch davon abhing, «je nachdem das Brot teuer oder wohlfeil» war.

Die Revolution der Helvetik 1798-1803

In den 200 Jahren des 17. und 18. Jahrhunderts vertiefte die Ausbeuterherrschaft der städtischen Aristokraten oder Patrizier die breite Kluft zwischen Stadt und Land. Die Steuerlast ruhte auf den meist

sehr armen Bauern, die 80-90% der Bevölkerung ausmachten. Sie stöhnten unter der steigenden Last der Zehnten und Zinsen, die mit der zunehmenden Rechtlosigkeit und Demütigung noch unerträglicher wurde. Das Handwerksmonopol der Zünfte verhärtete die Herrschaft der Patrizier oder Bürger gegenüber den ländlichen Untertanen noch weiter. Die vom Grossen Rat gewählten Landvögte waren verhasst. Zu studierten Berufen hatten nur die Stadtsöhne Zugang. Das Schulwesen verlotterte, weil viele der Gemeinden verarmten.

Erst die Industrialisierung mit der Einführung der Spinnmaschine «Jenny» und des mechanischen Webstuhls brachte grösseren Wohlstand in die Landgemeinden. Zugleich wurde sichtbar, dass Fabrikarbeit etwas mehr erforderte, als den Katechismus auswendig zu lernen; der Schulbesuch wurde allmählich als nötig angesehen.

Die französische Revolution begeisterte nicht nur grosse Geister wie Kant, Hegel und Pestalozzi, sie entzündete in den Köpfen vieler Untertanen das Feuer der Freiheit und Gleichheit. Die revolutionären Schriften von Rousseau und Voltaire wurden in den Zürichseedörfern in Lesegesellschaften heimlich gelesen. Pestalozzi gründete in der Stadt eine «Patriotengruppe», die nichts weniger als eine «helvetische Hauptrevolution» anstrebte. Die Aristokraten nannten die revolutionären Lesehungen in den Dörfern «Feuerblaser». Ihren Köpfen entsprangen die neuen Ideen von grösserer Freiheit und Gerechtigkeit und einer besseren Volksbildung.

Es waren überall die neuen Herren der Fabriken, die, im Zusammenwirken mit den Handelsleuten, aufgeweckten Handwerkern, Juristen, Intellektuellen, Philosophen, auflüpfischen Schulmeistern und ungehorsamen Pfarrherren, die Revolution begrüsst. In Basel kam die Entmachtung des Patriziats mit Peter Ochs ohne Blutvergiessen zustande. Aber die französischen Revolutionstruppen hatten inzwischen die Juragrenze überschritten und wurden in den Waadtländer Dörfern als Befreier begrüsst. Um die errichteten Freiheitsbäume tanzte das Volk. Am 5. März 1798 fiel Bern, die Hochburg der schweizerischen Aristokratie, nach zwei verlorenen Schlachten gegen die französi-

schen Invasionstruppen Brunes und Schauenburgs. Schon am 12. April wurde die «Eine und unteilbare helvetische Republik» ausgerufen. Die von Peter Ochs schon früher mit Hilfe der französischen Revolutionsrepublik ausgearbeitete neue Staatsverfassung - im Volk «Ochsenbüchlein» genannt - beseitigte mit einem Streich die Adelsvorrechte und öffnete allen Volksständen den Zutritt zu den Ämtern. Der Minister für Wissenschaften und Künste, zugleich zuständig für die Volksbildung, Philipp Albert Stapfer, erfasste mit einer Enquête den Zustand des Schulwesens in der ganzen Helvetischen Republik. Es gingen 364 Fragebogen ein. Sie zeigten ein jammervolles Bild. Allein im Kanton Bern konnten ihn 57 Lehrer nicht ausfüllen. Jeder Kanton bot ein anderes Bild, je nach den politischen Strömungen, denen die Schule unterworfen war. Seit Bruns Zunftverfassung hatte sich im Zürcherland die Machtstruktur im Staat nicht mehr verändert. 200 Jahre lang blieb die Schule das arme Stiefkind der Kirchgemeinden. Die Richtbriefe von damals galten bis 1798, also seit 462 Jahren. 300 bis 400 Familien waren regimentsfähig, sie zeigten keinerlei Interesse an der Volksschule und wollten die blinde Dummheit des Volkes erhalten. Die Geistlichkeit beherrschte die Schule, die Staatskirche wurde im Dorf durch den «Stillstand» durchgesetzt. Er überwachte den Kirchenbesuch, die Sitten und die Einhaltung der Kleidermandate.

Die Ende 1798 erfolgte Aufhebung der Zinsen- und Zehntenlasten war jubelnd begrüsst worden. Ihr konsequentester Verfechter war Pestalozzi. Seine Flugschriften zur Zehntenablösung zeigten ihn als mutigen Sozialrevolutionär. Weil aber die Schule das Ziehkind der Kirche war, und diese die Schule aus dem Zehnten finanzieren musste, so stand die Schule nach dem Befreiungsschlag der Zehntenabschaffung ohne Mittel da. Nach zwei weiteren Staatsstreichern wurde 1801 der Zehnte wieder eingeführt, um den völligen Zerfall des Schulwesens aufzuhalten. Die Erbitterung bei den Bauern war gross, der Hass gegen die Verteidiger der alten Zustände grenzenlos. Die «Stillstände» wurden beseitigt, das Volk atmete auf. Das Dilemma konnte nicht grösser sein. Der vor zwei Jahren abgeschaffte Zehnte, der grosse sozial-revolutionäre Erfolg der Helvetik, musste wieder eingeführt werden, damit die Schulmeister wenigstens ihre Löhne bekamen und die

Bettler nicht verhungern mussten. Seit der Reformation 1532 war die Kirchengewalt mit der Staatsgewalt vereinigt. Mit dem Sturz des aristokratischen Staates war auch die Macht der Kirche geschwächt. Die Aufklärung hatte sich insoweit durchgesetzt, dass die Schulen als vornehmste Aufgabe des Staates erkannt wurden. Bis jetzt gab es bescheidene Verbesserungen nur in der Stadt.

Das helvetische Direktorium, unter der Führung des Unitariers Philipp Albert Stapfer, hatte im Mai 1798 erstmals die «allgemeine gleichförmige Erziehung der Völker aller Kantone» proklamiert, um sie zu einer grossen Familie zu vereinigen und die Kirchturmpolitik der Föderalisten zu überwinden. Stapfer machte Pestalozzi zum Redaktor des «Helvetischen Volksblatts», das als Volkslehrer die Bürger zum richtigen Gebrauch der neuen Freiheit erziehen sollte. Stapfer nahm energisch die Organisation des Erziehungswesens in die Hand und stellte die Verbesserung der Schulen auf dem Land an die Spitze. Er forderte die Errichtung von kantonalen Erziehungsräten, die der willkürlichen Ein- und Absetzung der Lehrer durch die Kirchgemeinden ein Ende setzten. Aber Stapfer erkannte bald, dass er die Pfarrer nicht von der Erziehungsarbeit ausschliessen konnte. Als Gegengewicht schuf er die Lehrerkonferenzen zur Fortbildung und Vertiefung ihres Pflichtbewusstseins.



*Philipp Albert Stapfer,
helvetischer Minister für Wissen-
schaft und Künste.*

Bei der Einführung der Schulinspektion zur Sicherung eines guten Unterrichts auf dem Dorf musste er sich erneut dem starken Einfluss der Kirche beugen. Weil die Schulinspektoren wegen des chronischen Geldmangels unbesoldet blieben, konnten nur Geistliche gefunden werden, die dieses wichtige Amt übernahmen.

Als im September 1799 die Franzosen die Österreicher und Russen aus dem Land hinauswarfen, konnte die Helvetik ihre Reformarbeit fortsetzen. In jedem Dorf sollte eine Schule sein. Die Lehrer sollten nicht mehr durch das rückständige Gemeindevolk, sondern durch den neu geschaffenen fortschrittlichen Erziehungsrat gewählt werden.

Stapfer arbeitete fieberhaft an einem helvetischen Unterrichtsgesetz, das sowohl die Wahl wie die Löhne der Lehrer dem Erziehungsrat zuwies. Der Unterricht sollte überall sechs Stunden täglich im Winter und vier Stunden im Sommer betragen, alle sollten wirklich lesen, schreiben und rechnen lernen, die vaterländische Geschichte sollte alle mit den Moralgesetzen und der demokratischen Staatsverfassung vertraut machen. In ganz Helvetien sollte eine einheitliche Volksschule die Grundlage schaffen für die Einheit im Staate. Aber er traf auf erbitterte Gegnerschaft, sein Entwurf für ein einheitliches helvetisches Unterrichtsgesetz vom Oktober 1798 wurde bis 1802 so verstümmelt, dass er ihn aufgab. Auch seinen kühnen Vorschlag für die Schaffung einer eidgenössischen Universität musste er als unausführbar abschreiben. So zeigte sich die Helvetik schliesslich stark in der Zerstörung der alten Machtstrukturen und Zwänge, versagte aber aus Geldmangel in der Verwirklichung der neuen Ideen. Dennoch ist die heutige Gestaltung des Volksschulwesens ohne die kräftigen revolutionären Impulse der Helvetik undenkbar. Der Kampf um ihre Verwirklichung sollte noch ein halbes Jahrhundert dauern.

Napoleon und Pestalozzi in der Mediationszeit

Als Bonaparte 1803 erkannte, dass in der Schweiz eine zentralistische Staatsform unmöglich war, machte er mit der Mediationsakte starke Zugeständnisse an die Föderalisten. 1804 reiste Pestalozzi mit der «Consulta» nach Paris, um Napoleon einen Plan zur Volksbildung zu unterbreiten. «Ich befasse mich nicht mit dem Abc», wies dieser ihn höhnisch ab. Im Alltag der Schulen sah es schlechter aus als vor 1798. 36 Schulen im Kanton zählten über 100 Kinder. Der Widerstand gegen den Schulbesuch war unvermindert gross. Die Schaffung neuer fi-

nanzieller Grundlagen nach der endgültigen Beseitigung der Zehnten und Grundzinsen war äusserst schwierig. Das tägliche Scheit für die Heizung des Schulhauses blieb. Ebenso die klägliche Ausstattung der viel zu kleinen Schulräume. Noch immer verkündeten die Pfarrherren von der Kanzel die offenen Stellen für die Lehrer. «Vaganten und Ströchlinge» wurden immer noch gewählt, weil sie sich mit Naturalleistungen zufrieden gaben. Neuerungssüchtige Gegner des Pfarrers kamen nicht zum Zuge. Nur in den wohlhabenderen Industriegegenden war es merklich besser. Viele Eltern benützten die Freiheit, die die Revolution brachte, indem sie die Kinder dem lästigen Schulbesuch entzogen, sie in die Fabrik oder auf den Bettel schickten. Stappers Rundschreiben, auch den Taubstummen Schulbildung zukommen zu lassen, blieb unbeachtet. Es war ein schönes Zeugnis für den Idealismus der Helvetik. Napoleons Kriegszüge und Zerstörungen, insbesondere das Zwangsaufgebot der «roten Schweizer» für den Feldzug gegen Russland, brachte die Schulreform zum Stillstand. Sein Sturz 1815 und der volle Sieg der Fürstenheere über Frankreich leiteten vollends die europäische Restauration, die Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände ein. Frankreich wurde wieder Monarchie, in der Schweiz übernahmen die Kräfte des Ancien Régime erneut die Zügel. Die Epoche 1815-1830 warf die Schulentwicklung trotz Industrialisierung weit zurück.

Die Julirevolution 1830 und die Geburt der Volksschule in der Regeneration

Das Pestalozziwort «Alle meine Politik ist Erziehung» war gleichzeitig Ausdruck der Resignation wie der tiefen Enttäuschung aller Liberalen über den Sieg der konterrevolutionären Kräfte nach 1815. Pestalozzi hatte vor 1798 umgekehrt die Politik, d.h. den Sieg der «helvetischen Hauptrevolution» als Voraussetzung für jede Umwälzung im Schul- und Bildungswesen angenommen. Die französische Revolutionsregierung hatte ihn 1792 als ihren Bürger erklärt. Die Helvetik eröffnete ihm das weite Feld seiner Schulexperimente in Burgdorf und Yverdon. Als Redaktor des «Helvetischen Volksblatts»

versuchte er seit 1798 der Bevölkerung klarzumachen, dass der Einmarsch der Franzosen für die Schweiz ein Segen war. Aber nach 1815 blieben ihm nur die Erziehungsanstalten in Burgdorf und Yverdon. Die Kräfte des Rückschritts hatten viel Terrain zurückgewonnen.



«Erziehungsanstalt für Gott und Vaterland»,
Litographie von Oskar Pletsch (1830-1888).

Daher war der Sieg der Julirevolution 1830 in Paris und der erneute Sturz des Königs für die Liberalen eine Erlösung, ein verheissungsvoller Neuanfang, denn im langen Machtkampf zwischen der zum Untergang verurteilten Aristokratie und dem aufsteigenden industriellen Bürgertum eroberte das letztere neue Machtpositionen. Die pädagogischen Träume, die die Helvetik nicht verwirklichen konnte, standen wieder auf der Tagesordnung. Die politische Umwälzung durch die Liberalen eröffnete dem Bildungswesen eine neue Phase der Entfaltung. Pestalozzi war tot, aber die Kräfte, auf die er gebaut hatte, regten sich mächtig.

Die Julirevolution von 1830 ermutigte die liberalen Kreise zum Losschlagen. Nicht nur in Uster, aber dort besonders wirksam, kam es zur

grossen Volksversammlung, die den Sturz der aristokratisch-konservativen Regierung herbeiführte. Die Liberalen ergriffen wieder das Ruder. Im Forderungskatalog der Ustermer Volksversammlung stand aber die durchgreifende Verbesserung des Schulwesens erst an 15. Stelle, also ganz am Schwanze.

Die Industrialisierung war inzwischen mächtig vorwärtsgekommen, Pestalozzis Herzensanliegen, die materielle und geistige Hebung der Kinder der Armen, wurde von den Fabrikanten grausam vernachlässigt. Pestalozzi hatte sich noch 1826 gegen die geisttötende Fabrikarbeit und das gefährliche Geldverdienen der Kinder gewehrt und den «vorzüglich vom Handels- und Fabrikstand ausgehenden Hochflug des spielenden Haschens nach Grossreichtum» moralisch verdammt. Während die Fabrikanten politisch revolutionär handelten, nützten sie die Gewerbefreiheit schamlos aus und verdrängten mit ihren mechanischen Spinnereien und Webereien die Handspinner und Handweber. Die Fabrikkinder hatten Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden. Die bedrohten Handweber hatten an der Versammlung in Uster 1830 zornig nach dem Verbot der mechanischen Webstühle gerufen.

Noch immer befanden sich die Schulen auf dem Lande in einem erbärmlichen Zustande. Caspar Melchior Hirzel, der spätere liberale Bürgermeister, machte 1829 eine Eingabe, in der er zur Verbesserung der Schule forderte, ein Lehrer solle höchstens 120 Kinder zu unterrichten haben. Ausgediente Soldaten, die mit dem Stecken die Disziplin herstellten, sollten nicht mehr angestellt werden. Eine besondere Schule für Schulmeister sei dringend. Die jämmerlich tiefen Löhne seien zu erhöhen. Tatsächlich erliess der Staat 1833 eine Besoldungsverordnung. Lehrer unter 50 Jahren sollten 100 Franken Barlohn, die Wohnung, Brennholz und Pflanzland erhalten, jene über 50 Jahren 200 Franken, damit sie nicht mehr von der Gnade der Dorfreichen abhängig seien. Hirzel kämpfte verbissen, das soziale Ansehen der Lehrer und ihre Löhne über jene der Polizei zu erhöhen.

Der Ustertag brachte mit der neuen Verfassung von 1831 die rechtliche Grundlage der Volksschule. Die Schule wurde von der Kirche ge-

trennt, ein wahrhaft revolutionärer Akt. Anstelle des «Stillstands», also der Kirchenvorsteherschaft, wurden die Gemeindeschulpflegen geschaffen. Um den Widerstand gegen die Entmachtung der Kirche zu dämpfen, wurden die Pfarrer als Präsidenten der Schulpflegen eingesetzt. Anfänglich herrschte ein Feuereifer der Schulpfleger beim Besuch der Schulen, aber schon 1834 erlosch er. Allzuoft wurden Fortschritte, die die Schulpflege beschlossen hatte, von der Gemeindeversammlung rückgängig gemacht. Mit dem grösseren Wohlstand, den die Industrie brachte, besserten sich jedoch die Gemeindefinanzen so erfreulich, dass viele neue Schulhäuser gebaut wurden. So erhielten Aesch 1839, Maur 1844, Ebmatingen 1849 und Uessikon 1851 ein neues Schulhaus. 1835 war die Schule Maur bereits mit 2 Wandtafeln, 6-plätzigten Bänken und Scherrschen Wandtabellen für das Abc und die Grundrechnungsarten ausgerüstet. Der Fortschritt war unübersehbar.

Die Schülerzahlen fielen in Maur von 120 im Jahre 1834 auf 76 im Jahre 1842, in Aesch blieben sie in den gleichen Jahren bei 59 und 60. Die Klagen über die Armut der Gemeinden verschwanden ab 1840. Als Fortschritt wurde die Bildung von zwei Abteilungen angesehen. Die erste begann um ein Viertel vor sechs Uhr, dauerte bis 8 ein Viertel, die zweite begann zu dieser Zeit und dauerte bis 10 drei Viertel Uhr. Beim Lehrstoff lag das Schwergewicht immer noch im religiösen Memorieren und im Gesang. In den Visitationsberichten wurde heftig geklagt über die vielen Absenzen. Wie vor 1798 hatten diese in der Armut der Fabrikler-Eltern ihre soziale Ursache.

Erst Mus und Brot, dann die Schule

Die armen Volksschichten litten einerseits durch die überlange Arbeitszeit der Kinder und Frauen in den Fabriken, kamen anderseits zu regelmässigem Verdienst, der von der obligatorischen Schulpflicht bedroht wurde. In zahlreichen Broschüren wurde den Eltern die Notwendigkeit der Schulbildung dargelegt. Wer wählen und abstimmen darf, sollte lesen und schreiben können. Das Wort des Aargauer Libe-

ralen Zschokke «Volksbildung ist Volksbefreiung» sollte sie überzeugen, die Kinder zur Schule zu schicken, damit sie die gewonnene politische Freiheit ausüben könnten. Aber die soziale Frage war brennender als die Schulfrage. Schon 1815 arbeiteten in den 60 Fabriken des Kantons Zürich 1124 Minderjährige, darunter 248 zehn- bis zwölfjährige und sogar 48 Kinder von 7 bis 9 Jahren. Als 1832 verzweifelte Handwerker die Fabrik in Uster anzündeten, waren in den mechanischen Spinnereien 7 000, in der Seidenindustrie 12 000, in den Baumwollwebereien gar 18 000 Männer, Frauen und Kinder beschäftigt. Im Zürcher Oberland war Kinderarbeit bis in die Nacht die Regel; der Anteil der Kinder zwischen 10 und 16 Jahren betrug in vielen Betrieben rund 20 Prozent. Die 1815 erlassene Verordnung, welche die Verwendung Schulpflichtiger vor dem 10. Altersjahr verbot, wurde von den Fabrikanten nicht eingehalten.

Kamen die Kinder, die von morgens 5 bis 8 Uhr an der Maschine gestanden hatten, in die Schule, so schliefen viele ein. Nach drei Stunden Schule und einer einstündigen Pause mussten sie wieder in die Fabrik, oft bis spät in den Abend. Der Schulbesuch belastete die armen Kinder, statt sie zu befreien. 1837 erliess die liberale Regierung eine neue Verordnung über die Beschäftigung in den Fabriken. Kinder unter 16 Jahren durften nicht länger als 14 Stunden (!) in den Fabriken ausgebeutet werden. Arbeitete auch die Mutter in der Fabrik, so war die Familie jämmerlich dran, der Segen des Schulbesuchs zunichte.

Thomas Scherr, der aus Würtemberg stammende, an der Zürcher Blindenanstalt sehr erfolgreich wirkende Schulmann, wurde von den Liberalen an die Spitze des zürcherischen Schulwesens gestellt; er wurde Präsident des Erziehungsrates und später Direktor des Seminars. Die 1831 mit Begeisterung und grosser Mehrheit angenommene demokratische Verfas-



*Thomas Scherr, Erziehungsrat
und erster Seminardirektor.*

III E 69

Der Erziehungsrath des Kantons Zürich,

nach Einsicht und Prüfung von zwei Wandvorschriften, welche die einfachen großen und kleinen Buchstabenformen der deutschen und englischen Handschrift, nach den vom Erziehungsrathe genehmigten Grundlagen bearbeitet, enthalten, in Kraft §. 22. des Schulgesetzes und auf den Antrag der zweiten Section

beschließt:

1. Diese zwei Wandvorschriften sind als obligatorisches Lehrmittel des Unterrichtes im Schönschreiben für die Volksschulen des Kantons erklärt.
2. Die sämmtlichen Schulpflegen, sowie die Schulräthe zu Zürich und Winterthur, sind in Folge dessen aufgefordert, diese zwei Wandvorschriften, welche von der Schultheß'schen Verlags-handlung zu Zürich in Albo um den Preis von 35 f. (aufgezogen gegen angemessene Entschädigung für dieses Lehtere,) zu beziehen sind, für alle Schulen des Kantons anzuschaffen.
3. Dieser Beschluß soll den betreffenden Schulbehörden zugestellt, und in das Amtsblatt aufgenommen werden.

Zürich, den 18. Heumonath 1835.

Vor dem Erziehungsrathe,

der zweite Sekretär:

J. H. E g l i.

Der Erziehungsrat erklärt die Scherr'schen Lehttabellen zum offiziellen Lehrmittel der Volksschule.

sung war eine herrliche politische Errungenschaft, aber die soziale Frage war für die Unterschicht weitaus wichtiger. Die Kinderarbeit wirkte als Bleigewicht gegen den Fortschritt. Scherr, der eine Zeit lang die «Neue Zürcher Zeitung» redigierte, machte sich bei den Fabrikanten, die sich als Liberale verstanden, sehr unbeliebt, als er sich unerschrocken gegen die Kinderarbeit in den Fabriken wandte. Er verfasste das ergreifende Gedicht über das Elend der Fabrikkinder, das von 1848 bis 1945 im Geschichtsbuch der Sekundarschule abgedruckt war und als Kulturdokument in dieser kurzen Schulgeschichte nicht fehlen darf.

Das Maschinenkind

von Thomas Scherr, Seminardirektor 1838

Ich bin nun schon zwölf Jahre alt und noch so schwach und klein;
die Wangen bleich, die Lippen blau, wie könnt es anders sein?

Noch zählte ich acht Sommer kaum, musst ich verdienen gehn,
musst dort in dem Maschinenhaus stets auf die Spindeln sehn.

Stand da gebannet Jahr und Tag und Nächte gleich;
drum welkten mir die Lippen blau und meine Wangen bleich.

Durft nimmer mich mit Blumen freun, nicht trinken Sonnenschein;
drum schwellen meine Kniee auf und ich bin schwach und klein.

O ihr dort, Schäflein auf der Flur, hüpfet munter hin und her;
Ach! welch ein Glück in freier Luft! Dass ich ein Lamm doch wär!

Ihr Vöglein hauset dort im Wald und singet durch den Hain,
schwingt frei euch in den Himmelsraum, dürft ich ein Vogel sein!

Doch ich bin ja ein armes Kind, muss ins Maschinenhaus,
und bis die Abendglocke tönt, darf nimmer ich hinaus.

Und dann auch bin ich noch nicht frei, soll in die Schule gehn,
mit mattem Aug' und müdem Leib, was soll ich da verstehn?

Soll lesen noch von Seligkeit, von einem guten Gott;
es treibt mit dem Maschinenkind die Menschenliebe Spott.

Der Vater geht zur Schenke hin, die Mutter kocht Kaffee;
ich aber muss verdienen gehn und mir ist doch so weh.

Lehrer gegen Pfarrer - der Liberalismus im Angriff

Am 11. Januar 1834 besuchte Seminardirektor Scherr die Schule Maur, um den Streit zwischen Lehrer und Pfarrer zu schlichten. Dem Lehrer wurde vorgeworfen, er sei zuviel im Wirtshaus, er plage schwächere Schüler, er präpariere sich nicht für die Lektionen, führe den Schulrodel liederlich und schlage zuviel. Immerhin konnte Scherr seine Abc- und Rechnungstabellen in der Schule feststellen, aber offenbar war jetzt die Bevölkerung an der Schule so interessiert, dass sie Schulmeister des Ancien Régime nicht mehr duldete. Scherr hatte sich sehr für eine bessere Besoldung eingesetzt und stellte nun auch höhere Anforderungen. Die demokratische Schulreform stand und fiel mit guten Lehrern. Schon am 28. September 1831 hatte er einen Gesetzesentwurf für ein Lehrerseminar vorgelegt. Es war gegeben, dass er dessen Leitung übernahm. Scherr schuf auch die drei wichtigsten Lehrmittel. Diese sollten die neuesten Erkenntnisse in den Naturwissenschaften enthalten, ebenso neuere Auffassungen über die Bibel und die Theologie. Damit trat die Trennung der Schule von der Kirche in eine akute Phase. Die Pfarrer stellten sich gegen das zentrale Lehrerbildungsinstitut. Sie fürchteten um ihre Vorrangstellung in der Gemeinde. Der von Scherr präsiidierte Erziehungsrat trieb die Schulreform voran. Der Unterricht musste unentgeltlich sein, Unbemittelte sollten Stipendien erhalten.

Dem kühnen Plan Scherrs für das Lehrerseminar stellten sich radikale Freisinnige entgegen, weil sie die Zusammenlegung mit dem bisherigen Gymnasium verhindern wollten. Dort wehte noch der Geist des Ancien Régime. Die Lehrer des Volkes sollten keinen Dünkel entwickeln, sondern in einem Landstädtchen geschult und geformt werden, wo sie nicht den Vergnügungen und Zerstreuungen der Stadt ausgesetzt seien, sondern in sittlich und intellektuell gesunden Verhältnissen leben und dort in rastloser Tätigkeit, Harmonie und Verinnerlichung des Lebens auf ihren für die Demokratie so bedeutungsvollen Beruf vorbereitet werden. Als Seminarstandort wurde Küsnacht bestimmt. Von Küsnacht aus war das erste rebellische Memorial gegen die Unrechtsherrschaft der Zürcher Stadtaristokratie ausgegangen,

dort herrschte am offenkundigsten echter radikaler oder freisinniger Geist.

Die Lehrer wurden begeisterte Propagandisten des Freisinns, in fast allen Dörfern wurden die vom liberalen Geist erfüllten Zöglinge des Seminars Küsnacht Träger eines Kulturkampfes, in dem sie gegen die konservativ-aristokratischen Pfarrherren und ihren Einfluss antraten. Sie bestanden 1839 beim «Züriputsch» ihre Feuerprobe.

Wie Pestalozzi verwirklichen?

Der Streit zwischen Thomas Scherr und Hans Georg Nägeli

Das Scherr'sche Unterrichtsgesetz von 1832 führte zu einer ernsten Spannung zwischen Scherr und Nägeli. Es ging um die richtige Auslegung und Verwirklichung der Ideen Pestalozzis. Der als Sängervater bekannt gewordene Hans Georg Nägeli, ein Liberaler der ersten Stunde, und Thomas Scherr rangen bei der Formulierung der Erziehungsziele, also beim Zweckparagrafen, hart miteinander. Beide beriefen sich auf Pestalozzi. Der Erziehungsrat besass in Thomas Scherr ein aussergewöhnliches pädagogisches und organisatorisches Talent. Seine Formulierung des Zweckparagrafen drang durch: «Die Volksschule soll die Kinder aller Volksklassen nach übereinstimmenden Grundsätzen zu geistig tätigen, bürgerlich brauchbaren und sittlich guten Menschen bilden.» In einem kritischen Memorandum warf Nägeli Scherr «Unbekanntschaft mit dem Pestalozzianismus» vor. Ihm fehlte die harmonische Bildung von Kopf, Herz und Hand, die Erziehung zur Menschlichkeit; er wollte nicht nur Wissensvermittlung und Anlehre von Fähigkeiten. Scherr fand hohes Lob für diese idealistischen Forderungen Nägelis, aber sie gehörten ins Reich der Ideen. Im Reich der Wirklichkeit stünden aber die Forderungen des praktischen Lebens an erster Stelle. Unter «bürgerlich brauchbaren Menschen» verstand er solche, die den realen Anforderungen der Fabrikanten nach Beherrschung des Lesens und Schreibens, der

Grundrechnungsarten, Ordnungssinn, Fleiss und einiger Naturkenntnisse entsprachen. Die Schule sei imstande, diese Ziele zu erreichen, Pestalozzis Hochziele hingegen nicht. Nägeli arbeitete einen Gegenentwurf aus, der nicht angenommen wurde, weil Idee und Wirklichkeit des Liberalismus in ihm zu weit auseinanderklafften.

Diese Auseinandersetzung wirkte weiter, ein volles Jahrhundert lang. Immer wieder stand die Schule als Dienerin von Industrie und Wirtschaft der Forderung nach Erziehung sittlich wertvoller und uneigennütziger Menschen entgegen.

Zum Reich der harten Wirklichkeit gehörten die Lehrerlöhne. Einig war man sich im Grundsatz der Radikalen: «Ohne gute Schulen kein Heil fürs Volk, ohne genügendes Einkommen keine guten Lehrer!» Thomas Scherr stellte in der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Vergleich an zwischen dem Lohn eines «Landjägers» von 265 Gulden und dem eines Schulmeisters von bloss 162 Gulden und stellte die Frage, ob man schlechte Schulen, aber eine gute Polizei wolle. In den Dörfern war man erbost, dass der Staat für 48 000 Volksschüler 52 000 Franken, für 300 Schüler der höheren Schulen jedoch 23 000 Franken ausgeben wollte. Das Missverhältnis war allzu krass. Die gleiche Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit klaffte im wirtschaftlichen Liberalismus. Angetreten mit dem hohen Ziel der Gleichheit und der Hebung der materiellen Lage des Volkes schuf er mit den unmenschlich langen Arbeitszeiten und der Kinderarbeit ein nie dagewesenes Elend, das die Konservativen weidlich ausnützten, um die gute alte Zeit zu loben und wenn möglich zurückzubringen.

Regelmässiger Schulbesuch bedeutete für die Eltern den Verlust der Kinderlöhne aus der Fabrikarbeit. Darum hielt der Widerstand der ärmsten Volksklasse gegen die Schulpflicht unvermindert an. Derselbe Widerwille war bei den Bauern anzutreffen. Sie brauchten besonders im Sommer die Kinderarbeit auf dem Felde. Es ist erstaunlich, dass unter diesen Umständen das neue Schulgesetz 1833 angenommen wurde. Scherr blieb bei seinem Widerstand, setzte 1837 einen Erlass durch, um die Nacharbeit von Kindern unter 16 Jahren zu ver-

bieten und verwandelte ihn später in ein Gesetz, das nicht mehr umgangen werden konnte.

In die gleichen Jahre der liberalen Offensive, der die zürcherische Volksschule ihre Entstehung verdankt, gehört auch die 1832 angeordnete Schaffung von 20 Sekundarschulen. Der mächtige Fortschritt der Naturwissenschaften verlangte gebieterisch, dass die besten Schüler sich dieses Wissen aneigneten. 1834 fand die Auswahlprüfung für Sekundarlehrer statt; 16 wurden sekundarschulfähig erklärt. 1836 tobte ein heftiger Kampf um die Form einer weitergehenden Schule. Die Zürcher wollten nach dem Vorbild von Basel und Bern ein Progymnasium, die Winterthurer rannten dagegen an, denn dort gab es keine aristokratischen Familien wie in Bern, Basel und Zürich, die mit ihrem Einfluss den Unterschichtkindern den Zugang zur Gymnasialbildung verwehren wollten.

Schon die einheitliche sechsjährige Zürcher Volksschule war ja ein unerhört revolutionäres Vorpellen der Radikalen, verglichen mit der aristokratisch belasteten Berner und Basler Volksschule, die es nur auf vier bis fünf Jahre Einheitsschule brachte. Am kraftvollsten erwies sich der demokratische Geist in der schnell aufstrebenden Industriestadt Winterthur. Er verunmöglichte das Progymnasium und schuf eine Sekundarschule, die allen Kindern offenstand. Darum durfte eine Sekundarschulklasse auch höchstens 48 Schüler zählen, während in den Primarklassen 60 bis 80 Schüler noch als Regel galten. Nichts zeigt so gut die Abhängigkeit des Bildungsfortschritts von der steigenden Produktivität der Arbeit und dem wachsenden Gesamtwohlstand wie die Herabsetzung der Schülerzahlen in den Volksschulklassen. Aber die bestehenden sozialen Unterschiede zwischen den Klassen bedeuteten in Wirklichkeit dennoch, dass auf den Dörfern wie in den ärmeren Stadtquartieren nur die Kinder der «Besseren» in den Sekundarschulen anzutreffen waren. Das änderte sich in den folgenden Jahrzehnten langsam. Der Klassendurchschnitt ging auf 31 Schüler zurück und der Prozentsatz der Sekundarschüler aus der Unterschicht stieg gleicherweise stetig an. Aus Maur kamen nur wenige Sekundarschüler; Maur bildete deshalb zusammen mit Egg

und Mönchaltorf einen Sekundarschulkreis; erst 1865 bekam es eine eigene Sekundarschule.

Der Züriputsch oder Straussenhandel von 1839 und seine Wirkung auf die Schule

Die Liberalen und ihr radikaler Flügel als Sieger der Jahre 1830-35 hatten offensichtlich ein Reformtempo angeschlagen, das die Mehrheit der Bevölkerung ausser Atem brachte. Der Gegensatz zwischen den Konservativen, den Föderalisten, den Nutzniessern der Aristokratie und den radikalen Freisinnigen zeigte sich auf dem Dorfe im Ringen zwischen den fortschrittlichen Lehrern aus dem Seminar Küsnacht und den Pfarrherren, die das Alte und damit ihre Vormachtstellung zäh verteidigten. Nicht zufällig entzündete sich der Streit am Inhalt der Lehrbücher, die Thomas Scherr verfasst hatte. Sein Naturkundebuch wurde von den Pfarrherren attackiert, weil Gott als Schöpfer der Natur keine Erwähnung mehr fand, für sie der Beweis, dass in Küsnacht die angehenden Lehrer zum Unglauben erzogen wurden. Erste Rufe zur Absetzung Scherrs wurden laut. In Stadel wurden seine Lehrbücher auf den Mist geworfen.

Als aber die liberale Mehrheit des Erziehungsrates 1839 den Religionsforscher David Friedrich Strauss an die Universität Zürich holte, damit auch die Pfarrer im Lichte der neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und der Ergebnisse der wissenschaftlichen Religionsforschung geschult würden, war das Mass der liberalen «Un-taten» voll. Dieser Strauss hatte in seinem Buch «Das Leben Jesu» den Begründer der christlichen Religion nicht mehr als Gottes Sohn, sondern als Edelmenschen dargestellt und die Frechheit gehabt, die Wundertaten Jesu naturwissenschaftlich zu widerlegen. In den Pfarrersee-len kochte die Wut. Dorfpfarrer Hirzel von Pfäffikon liess Sturm läuten. In den Dörfern, auch in Maur, sammelten sich mit dem Sturmläuten der Glocken empörte Haufen, bewaffnet mit Gewehren, Sensen, Dreschflegeln, um gegen Zürich zu marschieren. Mit dem Gesang «Dies ist der Tag, den Gott gemacht» drangen sie in den Mün-

sterhof Zürich ein. Alle Beschwichtigungen nützten nichts mehr. Das Feuer wurde eröffnet. Zwölf Tote. Regierungsrat Hegetschweiler wurde durch einen Schrotschuss getötet. Die liberale Regierung, die 1830 so triumphal zur Macht gelangt war, wurde gestürzt.

Regierungspräsident Jonas Furrer floh nach Baden. In Kusnacht hatten die Zöglinge das Seminar in eine Festung verwandelt und waren bereit, es mit Waffen gegen einen Ansturm der Ewiggestrigen zu verteidigen.

Die Auswirkungen des gegenrevolutionären Putsches waren auf dem Schulgebiet am krassesten. Scherr wurde abgesetzt. Man war entschlossen, den freisinnigen Geist der Revolte und der Gottlosigkeit zur ersticken. Die Anführer der «Schönen Bewegung», wie sich die Gegner der Liberalen nannten, wollten die Lehrer wieder unter die Fuchtel der Pfarrherren zwingen, obligatorischer Kirchenbesuch und die Pflicht, 6 Stunden Bibelunterricht zu geben, wurden ihnen verordnet. 17 Sekundarlehrer und 24 aktiv-freisinnige Primarlehrer wurden entlassen oder zum Rücktritt gezwungen. Einige wanderten nach Amerika aus.

Die Repression richtete sich dann gegen die Lehrersynode, das verhasste Parlament der freisinnigen Lehrer, die es absichtlich als Gegengewicht gegen die Kirchensynode so genannt hatten. Die Öffentlichkeit der Synode wurde abgeschafft, um ihr «Zaum und Gebiss» anzulegen, die Universitätsprofessoren und Mittelschullehrer ausgeschlossen und die Primarlehrer von den Sekundarlehrern getrennt, die Schulkapitel, die die glaubensgefährdenden und aufrührerischen Lehrmittel begutachtet und für gut befunden hatten, aufgehoben.

Der Gegenangriff der radikalen Lehrerschaft

Gegen die Repression der «Septembermannen», der Rückschrittspartei, eröffnete als erster der bekannte liberale Winterthurer Jonas Furrer mit seinem Rekurs vom 3. November 1839 den Kampf gegen

die Wegwahl Scherrs. Von ihm ermutigt, gingen die Lehrer schon 1840 zum Gegenangriff über, veranstalteten im ganzen Kanton Solidaritätskundgebungen für Thomas Scherr und forderten seine Wiedereinsetzung. Sein Ansehen wurde trefflich ausgedrückt durch einige Zöglinge: «Keiner dachte so hoch von Schule und Lehrer wie Scherr; jeden Aufschwung des Volkes, auch den ökonomischen, erwartete er von der verbesserten Volksschule.» Seine Machtfülle als Seminar- direktor, Erziehungsrat, Schulinspektor und Verfasser mehrerer Lehrmittel hatte ihm zwar die kränkende Denunzierung als «Schulpapst» eingebracht, aber die Fanatiker der Glaubenspartei stiessen auf glänzende Verteidiger Scherrs und des Freisinns in der liberalen Presse, wie den Journalisten Ludwig Snell. Als man in einigen Gemeinden von den Lehrern öffentliche Glaubensbekenntnisse verlangte, ging die Synode vom 31. August 1840 zum offenen Kampf gegen den konservativen Erziehungsrat über. In einer Resolution bedauerte sie die Aufhebung des Seminars, dankte Scherr für seine Reformleistung, verurteilte die Wiedereinführung des Katechismus im Unterricht, drückte den verfolgten und entlassenen Lehrern ihre Sympathie aus und erklärte den Kirchenbesuchszwang für die Lehrer als Herabwürdigung. Alle Schulmassnahmen der Septemberregierung seien samt und sonders als Rückschritt zu verurteilen.

Der Kampf um die liberale Schulreform und die Macht des Freisinns verdichtete sich in einen Kampf um die Lehrersynode, die den Lehrer «auf eine unnatürliche Höhe gestellt habe und eine Domäne der politisierenden Lehrer der liberalen Partei geworden sei.» Weil sich diese kämpferischen Lehrer auch als angriffige Redaktoren von Lokalblättern betätigten, wirkten sie als Avantgarde des Liberalismus. Alfred Escher, der mächtigste Mann des wirtschaftlichen Liberalismus, hat 1846 ausdrücklich die führende Rolle der Lehrerschaft im Kampf um die Volksschule und den demokratisch-liberalen Staat hervorgehoben.

Johann Jakob Treichler, Lehrer und Journalist, attackierte 1842 den konservativen Erziehungsrat und hielt ihm sein ganzes Sündenregister vor: die Entfernung Scherrs, die Vertreibung bester liberaler Leh-

rer und ihre Ersetzung durch untaugliche, müde Altschulmeister, die Ertötung der Begeisterung der Lehrer, die Wiedereinführung des religiösen Gedächtniskrams, kurz, die Erschütterung des ganzen Neubaus der Volksbildung. Treichler, der als «Chiridonius Bittersüss» im «Republikaner» mit den konservativen Schulbehörden, die in vier Jahren soviel wie nichts für den Ausbau der Volksschule geleistet hatten, erbarmungslos abrechnete, wurde vom Erziehungsrat vor den Richter geschleppt. Seine glänzende, dreistündige Verteidigungsrede, als Flugblatt im Volk verbreitet, sowie seine weiteren bis-sigen Kampfschriften trugen nicht wenig zum Sturz der konterrevolutionären Septemberregierung im Jahre 1845 bei.

Wie wirkten die Bürgerkriege von 1845/47 auf die Schule?

Den sechs Jahren der Septemberregierung folgten nach 1845 nicht minder turbulente Kämpfe in der ganzen Schweiz zwischen den konservativ-katholischen Kräften, die die alten Zustände verteidigten und den Freisinnigen oder Radikalen, die die von ihnen eroberten Machtpositionen festigen wollten. Und wieder entzündete sich der Streit am Gegensatz zwischen Kirche und Staat. Die Kluft zwischen den Kräften des Ancien Régime und dem aufstrebenden Industriebürgertum brach in den nächsten beiden Jahren vollends auf und führte 1847 zum Sonderbundskrieg, in dem die Liberalen einen raschen und vollständigen Sieg feierten. Es war ein ausserordentliches Glück für die Liberalen, dass im nächsten Jahre die bürgerlichen Revolutionen in Paris, Berlin und Wien ausbrachen und die militärischen Interventionsabsichten gegen die revolutionäre Eidgenossenschaft völlig verunmöglichten. Die von der «Heiligen Allianz» unter Metternich getroffenen Kriegsvorbereitungen liefen ins Leere. 1848 war nicht 1799! Während in den Nachbarländern die Soldaten wieder über die Revolution siegten, war die Schweiz das einzige Land Westeuropas, wo die revolutionären bürgerlichen Demokraten an der Macht blieben.

Die Krönung des Bürgerkriegssieges mit dem einmaligen Wurf der demokratischen Verfassung von 1848 brachte die Schweiz an die Spitze

des menschlichen, politischen und pädagogischen Fortschritts. Der Sonderfall Schweiz hat hier seinen Ursprung. In Zürich beendeten die freisinnigen Lehrer den heissen Kampf um die Schulsynode zu ihren Gunsten, die Synode wurde jetzt zum Schulparlament der radikalen Erneuerer und war in dieser Form einzigartig in der Welt. Der neue Geist des Lehrerstandes drückte sich nicht nur in der Lehrerausbildung des Seminars aus, nicht nur in der hohen Zielsetzung, an der Vervollkommenung des Menschen und der Staatsgemeinschaft mitzuarbeiten, die Volksbildung war in den Augen der Schüler von Pestalozzi, Nägeli und Scherr eine derart hohe und patriotische Aufgabe, dass in den Militärgesetzen von 1842 und 1851 die Lehrer - gleicherweise wie die Pfarrer - vom Militärdienst befreit wurden. Ihr Dienst an der Erziehung des Volkes wurde für wichtiger eingeschätzt als das Waffenhandwerk zur Verteidigung. Für die Schule musste der Lehrer seine ganze Zeit voll einsetzen.

In keinem Land Europas siegte das revolutionäre Bürgertum so vollständig, in keinem Land wurde das Schulwesen so hoch emporgehoben. 1847 war nicht nur das Jahr des Sieges über den Sonderbund, sondern auch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, verkörpert in der Spanisch-Brötlibahn. Der Fortschritt fand seine Krönung im zürcherischen Unterrichtsgesetz von 1859, das unter dem Erziehungsdirektor und Eisenbahnkönig Alfred Escher geschaffen wurde und den Zweckparagrafen Scherrs von 1832 unverändert übernahm.

Max Meier

Bildernachweis:

S. 7: aus «Turicum», Herbst 1982, S. 28 (Original: Zentralbibliothek)

S. 11: Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung

S. 14: aus «Tausend Jahre Schule», S. 116, Abb. 106 (Belser Verlag Stuttgart)

S. 17: Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung

S. 18: Staatsarchiv Zürich

S. 29 oben: aus «Turicum», Herbst 1982, S. 15/1 (Original: Zentralbibliothek)

S. 29 unten: aus «Zürcher Chronik» 3/1982, S. 88



Oben: Zürcher Volksschule vor 1800 (Original: Zentralbibliothek).

Unten: Alte Zürcher Landschule. Wahrscheinlich von Johannes Ganz (1821-1886).



Die Dorfschule



Der steinige Weg zum Bildungsbewusstsein

Das Jahrhundert von 1859 - 1959

Sonderfall Maur

Mit dem kantonalen Unterrichtsgesetz von 1859, das u. a. die Unterrichtszeiten, Schulgelder und Lehrerbesoldungen neu regelte, wurde die Schule in der Gemeinde Maur etwas aus ihrem Dornröschenschlaf gerissen. Aber eben nur «etwas», denn noch im Jahre 1929 musste der Verfasser der *Geschichte des Schulwesens der Gemeinde Maur*, Pfarrer Gottfried Kuhn, feststellen, dass *leider in der Zeit seit 1831 fast durchweg zu beobachten ist, dass in unserer Gemeinde jeder entschiedene Fortschritt im Schulwesen gleichsam von aussen her aufgezwungen werden musste*. Auch 25 Jahre später schien sich die Lage nicht gebessert zu haben. Im Schulpflegeprotokoll von 14. Januar 1954 ist von *fortschreitender äusserer und innerer Verwahrlosung* der Schüler und Schülerinnen und von *intelligenzmässig unterdurchschnittlichen Klassen* die Rede. Die Lehrer sähen, so hiess es im Protokoll, einen Grund darin, dass die Schulpflege, um Geld zu sparen, trotz der grossen Schülerzahlen und dem Drängen der Erziehungsdirektion keine neuen Lehrkräfte einstelle. Deshalb hielte es auch keine Lehrerin und kein Lehrer lange in Maur aus. Auch von den Eltern habe der Lehrer keine Unterstützung zu erwarten, denn viele von ihnen hätten die Autorität über ihre Kinder verloren.

Die Gründe für das schulische «Hintennachhinken» von Maur während dieses Jahrhunderts sind im politischen Klima, in der wirtschaftlichen und finanziellen Situation wie in der geographischen Lage zu suchen. Dazu die folgenden Beispiele:

Nicht nur im schulischen Bereich wehte Neuerungen in Maur ein scharfer konservativer Wind entgegen. Mit geradezu religiösem Ei-

fer kämpfte man meist erfolgreich gegen liberale Ideen und gegen Versuche, Fabrikbetriebe auch in Maur einzurichten. Bei Wahlen auf Bundes-, Kantons- und Bezirksebene wurden die konservativen Kandidaten gewählt, und bei Abstimmungen schickte man sämtliche sozialen Reformvorschläge und Kulturvorlagen bachab. Hier ist die mehrmalige Ablehnung neuer kantonaler Schulgesetze zu erwähnen, die 1872 und 1888 eine Verlängerung der obligatorischen Schulzeit einzuführen versuchten. Selbst als im Jahr 1899 das Zürcher Volk mit grossem Mehr die Einführung des obligatorischen 7. und des 8. Schuljahres billigte, waren die Stimmberechtigten in Maur immer noch nicht dafür zu gewinnen.

Je höher die Bildung einer Person, desto suspekter erschien diese den Maurmern. Für die «faulen» Studenten hatten die Gemeindebewohner schon gar nichts übrig. Im April 1911 beschlossen die Zürcher Stimmbürger den Bau einer neuen Universität, über deren Eingang die stolzen Worte *Durch den Willen des Volkes* gesetzt wurden. *An diesem Willen des Volkes ist Maur nicht entscheidend beteiligt*, bemerkte Kuhn treffend in seiner Gemeindechronik, denn von 268 Stimmenden legten nur 58 ein Ja in die Urne. Heute weist die Gemeinde Maur im Kanton Zürich eine der höchsten Akademikerraten auf. So ändern sich die Zeiten.

An der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts - der Industrialisierung - hatte Maur kaum teil. Die meisten Leute arbeiteten in der Landwirtschaft und verdienten durch Heimweberei noch etwas zu ihrem knappen Einkommen hinzu. Der Konkurrenzdruck der mechanisierten Betriebe auf die Heimindustrie verstärkte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die Löhne wurden immer niedriger, und so gab es für die Einwohner innerhalb der Gemeindegrenzen bald nicht mehr genügend Arbeitsplätze. Nicht wenige zogen fort von Maur. Eine Folge dieser kärglichen Einkommensverhältnisse waren die vielen Absenzen in der Schule. Die Kinder sollten den Sommer hindurch auf dem Hof helfen, und im Winter waren sie mit Weben beschäftigt. Doch auch dies verhinderte nicht, dass viele Familien armengenössig wurden.

Bis Ende der 1950er Jahre war Maur eine arme Gemeinde. Die angespannte Finanzlage erlaubte es kaum, neue, dringend benötigte Schulhäuser zu bauen. 1943 musste der Steuersatz auf 250 Prozent festgesetzt werden. Damit war die Gemeinde beim Maximum der gesetzlich zugelassenen Steuerbelastung angelangt. Bei einer weiteren Erhöhung wäre sie unter behördliche Vormundschaft geraten. Immerhin war zu diesem Zeitpunkt das einzige grössere Bauprojekt, das die Gemeinde zwischen Ausbruch des Ersten und Ende des Zweiten Weltkrieges verwirklichte - das Schulhaus Pünt - eingeweiht.

1864 beschrieb die Schulpflege in einem Schreiben an den Regierungsrat die spezielle geographische Lage folgendermassen: *Die Gegend von Maur nimmt eine Ausnahmestellung ein: auf der Schattenseite der Zürichbergkette gelegen, wo die Wege darum oft unpraktikabel sind, von Uster durch den See, von der Stadt und dem Zürichsee durch das Gebirge geschieden, von allen Seiten isoliert. Wir stehen ausserhalb der grossen Pulsadern des Verkehrs und der Segnungen, die dieser für das materielle und geistige Leben bringt.* In diesem Gesuch ging es um die Eröffnung einer eigenen Sekundarschule in Maur. Bis dahin schickte die Gemeinde die Sekundarschüler nach Egg.

Nachdem wir bisher einiges über die «Bildungsfeindlichkeit» der Maurmer gelesen haben, mag uns die Fortsetzung des obigen Schreibens erstaunen: *Wir müssen darum, um mit der Zeit Schritt halten zu können, uns nach einem Ersatz umsehen und finden diesen allein in einer umso intensiveren Jugendbildung, die zu ermöglichen und anzustreben wir uns nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet fühlen.* Auch wenn es weiter heisst, dass die *Bewohnerschaft mit Begeisterung und grösster Opferbereitschaft* für die neue Sekundarschule einstehen würde, lagen die wahren Gründe für die «Begeisterung» im finanziellen Bereich: Nach dem Schulgesetz von 1859 war Maur dazu verpflichtet, Egg einen Beitrag an die Schulbauten und die Lehrerbesoldung zu leisten. Dies passte den Maurmern nicht in den Kram, das Geld sollte in der eigenen Gemeinde bleiben. Bei der Einrichtung der hiesigen Schulzimmer, bei der Bezahlung der Lehrer und beim Schulmaterial konnte man dann ja sparen.

Als weiteren Grund für die Notwendigkeit einer Sekundarschule gab die Schulpflege dem Zürcher Regierungsrat an, dass im Moment vier einzelne Primarschulgemeinden - Ebmatingen-Binz, Aesch, Maur und Uessikon - bestünden und dass mit dem Projekt «Sekundarschule» endlich etwas für die gesamte Gemeinde getan würde. Tatsächlich schlossen sich die vier Schulgemeinden erst am 1. Januar 1927 zur Schulgemeinde Maur zusammen.

Doch auch der Schulweg zu der seit 1865 existierenden eigenen Sekundarschule in Maur war von den übrigen Dörfern der Gemeinde aus sehr lang, und so besuchten sie nur wenige Schülerinnen und Schüler: weit weniger als man dem Regierungsrat vorausgesagt hatte. Daher wurden, um eine anständige Schülerzahl aufweisen zu können, auch *minderwertige Elemente*, wie Kuhn es ausdrückte, aufgenommen, das heisst Schülerinnen und Schüler, die von der Intelligenz her nichts in der Sekundarschule zu suchen hatten. Der erste Schwung des Idealismus, der zur Gründung der Schule geführt hatte, genügte eben nicht. In der Jubiläumsschrift zum 50-jährigen Bestehen schrieb Kuhn 1915 folgendes über die höhere Ausbildung in Maur:

Die Macht der Verhältnisse, welche manche Eltern zwangen, ihre Kinder statt in die Sekundarschule in die Ergänzungsschule (7. und 8. Schuljahr, fand nur im Winter an zwei Halbtagen pro Woche statt, Anm. der Verf.) zu schicken; die Gleichgültigkeit und Geringschätzung, welche eine bessere geistige Ausbildung der Kinder als wertlos erscheinen liessen, die Faulheit und der Geiz, welche um des nächstliegenden Gewinnes willen, den man aus der frühzeitigen Ausnutzung der Kinder zog, und durch die man deren Ausbildung gerne vernachlässigte, waren eben auch Mächte, die sich geltend machten; so ist die Sekundarschule Maur hinsichtlich ihrer Frequenz lange Jahre ein Sorgenkind gewesen, ja fast bis heute geblieben.

1879/80 zum Beispiel war die Schülerzahl in der gesamten Sekundarschule mit acht Schülern so niedrig, dass es mehr Schulpfleger gab als Schüler: elf. Erst mit der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren erlebte die Sekundarschule einen Aufschwung. Der Wettbewerb um

die wenigen Lehrstellen war hart geworden. Kinder mit besserer Bildung hatten grössere Chancen auf dem Stellenmarkt. So besuchten nun 70 Prozent der Jahrgänge diese Schule. Aufnahmeprüfungen gab es bis 1963 keine, nur eine vierwöchige Probezeit entschied über die Eignung. Wagten es die Lehrer allerdings, dem Kind einer angesehenen Maurmer Familie schlechte Noten zu geben, hatten sie mit Repressionen zu rechnen: Das ganze Dorf hielt zusammen. Daher absolvierten auch Schülerinnen und Schüler, die den Anforderungen eigentlich nicht genügten, die Sekundarschule. Bei den mittlerweile riesigen Schülerzahlen war es den Lehrern nicht mehr möglich, den vorgeschriebenen Lehrstoff zu bewältigen. Die Leidtragenden waren die begabten Kinder, und die Mittelschulen beklagten sich über die schlechte Vorbildung der Neueintretenden. Erst Ende der 1950er Jahre wurde die Dreiteilung der Oberstufe in Sekundar-, Real- und Oberschule diskutiert und vorbereitet.



Die Lehrer des Schulkreises Maur um 1895, v.l.n.r.: Rudolf Friedrich Gossweiler, Ebmatingen; Robert Heusser, Uessikon; Sekundarlehrer August Hess; Konrad Schweizer, Maur; Reinhold Letsch, Aesch.

Nachdem 1899 das 7. und 8. Schuljahr vom Zürcher Stimmvolk für obligatorisch erklärt worden war, löste die Alltagsschule die von Kuhn erwähnte Ergänzungsschule ab. Sie hätte das ganze Jahr hindurch besucht werden sollen. Doch die Schulpfleger von Maur, Ebmatingen und Uessikon gelangten mit einem Gesuch um eine Ausnahmegewilligung an die Erziehungsdirektion. Der Schulbetrieb sollte nur im Winterhalbjahr stattfinden. Dem wurde entsprochen, einzig Aesch führte also den ganzjährigen Unterricht für alle Klassen ein. So blieb der

von aussen aufgezwungene Fortschritt einmal mehr auf halbem Wege stecken. Allmählich bekam die Gemeinde jedoch die Nachteile dieser kurzsichtigen Einstellung zu spüren: Angesichts der grossen, ungeteilten Klassen (1933 etwa musste der Lehrer in Maur 8 Klassen mit insgesamt 70 Schülern unterrichten) fiel es den Schulgemeinden je länger je schwerer, Lehrer zu finden und zu halten. Die Folge war häufiger Lehrerwechsel auf Primar- und Sekundarschulstufe, vor allem zwischen der Jahrhundertwende und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Bezeichnenderweise konnte auch kein einziger Absolvent der eigenen Sekundarschule für eine Lehrtätigkeit in Maur gewonnen werden.

Wenn's nur nichts kostet...

Auch wenn die Gemeinde Maur gegenüber Neuerungen wenig aufgeschlossen und nicht gerade mit Geld gesegnet war, zeigte sich im Schulwesen eine Knausrigkeit, die im Kanton Zürich ihresgleichen suchte. Bei den Besoldungszulagen für Lehrer, beim Schulmaterial, bei Schulhausbauten wie auch beim Aufgebot der «Laustante» und des Schularztes wurde kräftig gespart oder erst zur Tat geschritten, wenn es nicht mehr anders ging. So zeigte sich im einzelnen:

Die kantonalen Gesetze konnten oft jahrzehntelang umgangen werden. Als anschauliches Beispiel dafür dienen die Vorschriften für das Fach Turnen, das der Bund 1874 für 10- bis 15-jährige Knaben und 1899 für die Mädchen der 7. und der 8. Klasse für obligatorisch erklärt hatte. Der Sinn der körperlichen Ertüchtigung leuchtete den hiesigen Schulpflegern ganz und gar nicht ein: Die Bauernkinder würden sich doch schon genug an der frischen Luft bewegen, hiess es. Obwohl der Kanton den Gemeinden Turnplätze mit mindestens 8 m² Platz pro turnendem Kind einer Turnabteilung oder eine Turnhalle mit 4 m² pro Kind in unmittelbarer Nähe des Schulhauses vorschrieb, kam der Kauf eines Grundstückes für einen genügend grossen Turnplatz oder die Erstellung eines *unnützen Turnschopfes*, wie dies ein Schulpfleger 1927 ausdrückte, nicht in Frage. 1934 noch be-

fand der Schulpflegepräsident, dass Turnplätze nicht so gross sein müssten, darüberhinaus könne man in Maur noch die Aeschmerstrasse zum Turnen benutzen. Einzig für die Sekundarschule erstellte die Gemeinde widerwillig einen der Norm entsprechenden Turnplatz, weil die Bezirksschulpflege sie dazu gezwungen hatte. Die ersten Turngeräte dafür schaffte man erst drei Jahre später an.



Albert Anker: «Die Turnstunde» (1879/80). Aus «Tausend Jahre Schule».

In der Primarschule hielten die Lehrer oft gar keinen Turnunterricht ab. Die seit 1880 vom Kanton eingesetzten Turninspektoren drückten bei ihren Besuchen in Maur wohl beide Augen zu. In den Visitationsberichten der Bezirksschulpflege andererseits tauchten immer wieder Beanstandungen der zu kleinen Turnplätze wie anderer, aus hygienischer Sicht ungenügender Einrichtungen in den Schulhäusern auf. 1933 endlich machte eine Abordnung der Erziehungsdirektion nach einem Augenschein der Gemeinde die Auflage, in Maur möglichst bald ein neues Schulhaus mit einer Turnhalle zu bauen. Beides wurde neun Jahre später - erst April 1942 - im Pünt eingeweiht.

Weil Ferienreisen für den Grossteil der Bevölkerung unerschwinglich waren, organisierten viele Schulgemeinden Ferienkolonien. 1905 wurde auch die Maurmer Schulpflege von der Bezirksschulpflege angefragt, ob sie den Besuch einer Ferienkolonie von Schülerinnen und Schülern für wünschenswert oder gar für notwendig erachte. *Für die Notwendigkeit stehe niemand ein*, lautete die Antwort, und zudem müsste Maur hierfür Beiträge leisten, die für bessere Zwecke verwendet werden könnten. Natürlich, so räumte man ein, bedeute ein Aufenthalt in der Kolonie für die zahlreichen Kinder aus ärmlichen Verhältnissen eine Erholung. Doch die Folge wäre, dass die Kinder *an Bedürfnisse gewöhnt werden, die sie später doch nicht befriedigen können*. So werde soziale Unzufriedenheit erzeugt, ja die ganze Institution sei eine soziale Flickerei. Damit war für Maur die Angelegenheit erledigt.

Wie erwähnt, war es in den Schulen von Maur hygienisch nicht zum besten bestellt. Dies war bis zur Jahrhundertwende auch kein Wunder, hatten doch die ohnehin überlasteten Lehrer auch die Abwärtsarbeiten zu verrichten. Dies war damals selbstverständlich, denn die Lehrer wohnten im Schulhaus, und nicht selten mussten sie den Unterricht in ihrer Wohnstube abhalten. Obwohl das kantonale Gesetz schon 1872 die Einstellung eines Abwärts vorschrieb, wurden die Lehrer in Maur erst 1891 entlastet. In Ebmatingen fungierte der Lehrer sogar bis 1919 als Abwart. Nicht selten wurden die Schüler zur Mithilfe (Wischen) herangezogen. Doch noch 1930 musste der Visiteur des Schulhauses Maur die nicht benutzbaren, weil beschädigten Aborte (es gab nur zwei für 85 Schüler) beanstanden.

Die Kopfläuse, die 1939 in den Schulen Maurs besonders viele Kinderköpfe befielen, konnten sich dank dem Sparwillen der Schulpflege vorerst munter weiter vermehren. Vom Bezirk Uster abgeordnet, hatte eine «Laustante» (ein damals üblicher Ausdruck) der Gemeinde angeboten, die Läusekontrolle und -behandlung für jährlich 120 Franken zu übernehmen. Dies war den Maurmern zuviel, und nach langen, zähen Verhandlungen (einige Monate!) mit der Gemeindeschwester liess sich diese dazu überreden, den Parasiten für die Hälfte des «Laustanten»-Lohnes zu Leibe zu rücken.



Verschiedene «Berufe» des Lehrers: Aus «Tausend Jahre Schule».

Weder für die dringend notwendige schulärztliche und schulzahnärztliche Untersuchung, die Errichtung einer Fortbildungsschule für Mädchen, noch für die Druckkosten von Kuhns Schulgeschichte wollte die Schulpflege die geforderten Summen herausrücken. Kuhn gab sich dann 1930 mit einer Entschädigung zufrieden, die seine Unkosten bei weitem nicht deckte.

Gewisse Anschaffungen finanzierten die Schüler oder die Lehrer selber. 1940 zog der im Dachzimmer des Schulhauses Maur wohnhafte Mieter mitsamt seinem Radioapparat, den er der Schule zum Abhören der Schulfunksendungen zur Verfügung gestellt hatte, fort. Darauf kauften die Schüler der 6. bis 8. Klasse für 136 Franken ein eigenes Radio und brachten das Geld mit Theatervorführungen wieder herein. Die Apparate für den Physikunterricht standen nur dank Spenden von ehemaligen Schülern und einem Zustupf von Lehrern im Schulzimmer. Für die Kosten des Brunnens vor dem neuen Schulhaus Pünt kam die Lehrerschaft auf.

Dabei genossen die Lehrer in der Gemeinde kein hohes Ansehen. Dies drückte sich unter anderem dadurch aus, dass sich der Gemeindeanteil der Besoldung (der Kanton steuerte einen fixen Betrag bei) meist auf dem tiefsten Niveau innerhalb des Kantons bewegte. Oft musste die Erziehungsdirektion die Gemeinde mahnen, den Anteil zu erhöhen, sonst würde sich gar keine Lehrkraft mehr bereit erklären, in Maur zu unterrichten. Und obwohl sich die Bezirksschulpflege über die zu dunklen und zu kleinen Lehrerwohnungen beschwerte, meinte die Maurmer Schulpflege noch 1934, dass sich die Lehrer ruhig mit etwas bescheideneren Wohnungen begnügen könnten.

Viele ärmere Bauern neideten den Lehrern das gesicherte Einkommen. Da brauchte es wenig, vielleicht nur ein falsches Wort, bis eine Lehrkraft hinausgeekelt wurde. 1942 rutschte einem Lehrer der Satz heraus: *Aber so Puuretschumple begriffed das halt nöd*. Hier ging es darum, dass die Schüler, um dem neuen Parkettboden im Schulhaus Pünt Sorge zu tragen, statt der damals üblichen Nagelschuhe Finken oder Turnschuhe tragen sollten. Dieser Finkenerlass stiess bei einigen Eltern und ihren Kindern auf Widerstand. Der redegewandte Sohn eines Dorfgewaltigen meldete sich in der Klasse zu Wort und beharrte darauf, die Schulzimmer in Nagelschuhen betreten zu dürfen, das sei immer so gewesen, und die Zeit der Landvögte sei vorbei. Daraufhin erklärte der Lehrer nochmals den Sinn der Finkenverordnung und fügte jenen verhängnisvollen Satz bei. Die Bauern des Dorfes waren zutiefst beleidigt. Als der Lehrer am Abend sein Milchkesseli an der Milchsammelstelle füllen lassen wollte, stiess er auf zornige Blicke und eisiges Schweigen. Milch erhielt er keine. Noch in demselben Jahr verliess er die Gemeinde.

Doch auch die Schulpfleger – ab 1927 waren es sieben – wurden für ihr Amt nicht gerade fürstlich entlohnt. Bis zum Jahre 1913 war die Mitgliedschaft in der Schulpflege sogar ein unbesoldetes Ehrenamt. Abgesehen vom Präsidenten, dem Aktuar und dem Schulgutsverwalter, die die Hauptarbeit verrichteten, erhielt ein Schulpfleger nur gerade 5 Franken pro Jahr. Erst 1928 führte man eine kleine Entschädigung pro Schulbesuch und Sitzung ein.

Eine wichtige Einnahmequelle für alle ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben der Schulgemeinden waren die Staatsbeiträge. Dazu bemerkte Kuhn: *Und hierin waren unsere Schulbehörden eines stetig wachsamten Sinnes und rühmlichsten Pflichtbewusstseins. Nie liessen sie sich die Gelegenheit entgehen, um einen Staatsbeitrag sich zu bewerben, wo sich ein passender Anlass bot.*

Streitereien innerhalb der Schulpflege jedoch gefährdeten manchmal selbst diesen an und für sich höchst willkommenen Zustupf. Ein Schulpfleger aus Uessikon, der sich 1934 gegen den Bau eines neuen Schulhauses in Maur ausgesprochen hatte, schrieb an die Erziehungsdirektion, man solle den Staatsbeitrag für dieses absolut überflüssige Gebäude dermassen beschneiden, dass nicht gebaut werden könne. Dabei schwärzte er noch seine Kollegen an: Diese hätten sich verwerflicher Weise damit gebrüstet, ein Schulhaus fast ausschliesslich auf Staatskosten bauen zu können.

Zum Schluss dieses Kapitels freilich muss gerechterweise noch ein Fall angeführt werden, bei dem sich Maur aufgeschlossen zeigte und für einmal nicht auf das Geld schaute: Pfarrer Kägi, ein fortschrittlicher Geist, der sich schon 1864 mit viel Idealismus für die gemeindeeigene Sekundarschule eingesetzt hatte, brachte die Schulpflege dazu, im April 1898 an die Gemeindeversammlung einen Antrag für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien zu stellen. Ab 1. Mai 1898 wurde diese Gratisabgabe tatsächlich eingeführt: zwei Jahre vor der allgemeinen gesetzlichen Einführung im Kanton.

Krisen- und Kriegszeiten

In schwierigen Zeiten erwies sich die Abgeschlossenheit und Ländlichkeit Maurs nicht immer als Nachteil. Zwar besuchten die Kinder die Schule dann oft weniger regelmässig als sonst – in der Zeit von Mai 1918 bis Januar 1919 zum Beispiel freuten sich die Schülerinnen und Schüler in Aesch über 21 Wochen Ferien – wegen Einquartierungen von Soldaten im Schulhaus. Doch das störte niemanden gross, konn-

ten doch so die Kinder auf dem Hof helfen. Darüber hinaus wurden im Herbst 1918 alle Schulhäuser wegen der Grippeepidemie, die in der ganzen Schweiz über 20 000 Todesopfer forderte, für mehrere Wochen geschlossen. Wie der Verfasser der Gemeindechronik, der Primarlehrer Paul Heusser – er hatte diese Aufgabe von seinem Schwiegervater Kuhn übernommen – bemerkte, habe die Grippe vor allem junge, kräftige Menschen erfasst. Die Betroffenen seien dann für lange Zeit *geistig abwesend und furchtbar verwirrt* gewesen. In der Gemeinde starben aber nur drei Menschen an dieser Krankheit. Darunter befänden sich zum Glück keine schulpflichtigen Kinder, hiess es in Heussers Bericht über die Jahre 1918/19.

Während des Zweiten Weltkrieges gab es in den Schulhäusern keine Einquartierungen von Soldaten mehr. Dafür wurden zusätzliche Ferienwochen eingeschoben, so anfangs Mai die «Kartoffelsteckferien», um die Anbauschlacht voranzutreiben. Die Maurmer Bauernkinder trugen entscheidend dazu bei, die gesamte Anbaufläche der Gemeinde von 1940 bis 1945 zu verdreifachen. Um Heizkosten zu sparen, führte man im Winter 1940/41 die Fünftagewoche ein. Die Samstagstunden wurden auf die übrigen Tage verteilt.

Meist nahm der Unterricht weiterhin seinen gewohnten Lauf. Ausser an jenem Nachmittag des 24. April 1944, als sich die Sekundarschüler im Schulhaus Pünt nicht mehr auf die Stunde konzentrieren konnten: Durch ohrenbetäubenden Lärm aufgeschreckt, eilten sie an die Fenster und sahen mit eigenen Augen, wie ein von Mönchaltorf im Tiefflug heranbrausender amerikanischer Bomber in den Greifensee stürzte.

Auch die Examen konnten trotz Krieg abgehalten werden; in anderen Gemeinden wurden sie durch Schulbesuchsmorgen ersetzt. Die folgende Ankündigung im «Anzeiger von Uster» ist recht aufschlussreich, werden doch hier die Examen noch als «Jahresprüfungen» bezeichnet. Bis 1893 prüften die Lehrer wirklich an diesen Tagen die Kinder, ob sie fähig seien, die nächst höhere Klasse zu besuchen. Mit der Einführung der Zeugnisse in demselben Jahr wurde der Exa-

Primar- und Sekundarschule Maur. Examen.

Die Jahresprüfungen an der Primar- und Sekundarschule sind von der Schulpflege angeordnet worden wie folgt:

Sekundarschule: Montag, den 8. April, vormittags 7—9½ Uhr.

Primarschule Maur, 6—8. Kl.: Montag, den 8. April, vormittags 9—11 Uhr.

1.—3. Klasse: Montag, den 8. April, vormittags 10—12 Uhr.

Primarschule Wessikon: Montag, den 8. April, nachmittags 2—4 Uhr.

Primarschule Wess: Dienstag, den 9. April, vormittags 8—11 Uhr.

Primarschule Ebmatingen: Dienstag, den 9. April, nachmittags, 1½—4 Uhr (fällt wegen Erkrankung der Vikarin möglicherweise aus).

Ausstellung der Handarbeiten der Arbeitsschule Maur, sowie der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule.

Eltern und Schulfreunde sind zum Besuche dieser Prüfungen freundlich eingeladen.

Beginn des neuen Schuljahres: Montag, den 29. April 1940, und zwar 1. Klasse um 10 Uhr, 2. Klasse um 9 Uhr, alle übrigen Klassen um 7 Uhr.

Primarschule. Die neu eintretenden Schüler haben den Geburtschein mitzubringen. Allfällige Dispensationsgesuche sind rechtzeitig an den Präsidenten der Schulpflege, Herrn Zul. Wettstein, Wessikon zu richten.

Alle Drittklässler von Maur und Wessikon werden nun wieder der Schule Maur (Frl. Bläß) zugeteilt.

Die Sechsklässler von Ebmatingen und Binz, welche bis jetzt nach Maur zur Schule mußten, werden zur Entlastung der Abteilung des Herrn Egli der Schule Wess zugewiesen, während die Fünftklässler von Wess die Schule Ebmatingen zu besuchen haben.

Sekundarschule. Die neu eintretenden Schüler haben sich bis Mittwoch, den 10. April unter Abgabe des Primarschulzeugnisses sowie der Reihhefte beim Sekundarlehrer anzumelden.

Maur, den 30. März 1940.

2682

Die Schulpflege.

menstag zum Schuljahresabschlusstag, an dem den Eltern die Fähigkeiten ihrer Sprösslinge vorgeführt wurden.

Maur wächst

Der Abschnitt über die Primarschule im nebenstehenden Inserat zeigt, dass auch 1940 Primarschüler die Schule in einem anderen Ortsteil besuchen mussten. Damals wurden sie noch nicht mit dem Schulbus transportiert, sondern nahmen den weiten Weg selber unter die Füsse.

Diesem Übelstand - dass viele Schüler nicht in ihrem Dorf zur Schule gehen konnten - wollte man nach dem Zweiten Weltkrieg endlich Abhilfe schaffen. Hinzu kam, dass die alten Schulhäuser in Aesch und Ebmingen die wachsende Schülerzahl kaum mehr aufnehmen konnten. Allerdings verzögerten Streitereien und Intrigen innerhalb der Gemeindebehörden den Bau neuer Schulhäuser beträchtlich. Schliesslich konnten die neuen Schulhäuser doch noch mit grossen Festen eingeweiht werden: 1954 am Leacher in Ebmingen und 1959 in Aesch.

Marianne Leemann

Bildernachweis:

S. 30: aus «Tausend Jahre Schule», S. 85, Abb. 74

S. 34: aus «Geschichte der Gemeinde Maur»

von Dr. Felix Aeppli, S. 188

S. 36: aus «Tausend Jahre Schule», S. 115, Abb. 105

S. 38: aus «Tausend Jahre Schule», S. 121, Abb. 110

S. 42: Zentralbibliothek Zürich

Etliche Bilder entnahmen wir dem Buch «Tausend Jahre Schule», mit freundlicher Genehmigung des Belser Verlags Stuttgart, zur unentgeltlichen Publikation (s. auch Bildernachweis S. 28). Interessenten können das Buch über den IKOS-Verlag Maur bestellen.





Die Entwicklung der Oberstufe Maur

Einleitung

Jedermann, der das Oberstufenschulhaus Looren zum ersten Mal sieht, wundert sich über seinen Standort und fragt sich, weshalb das Schulhaus, losgelöst von den Wohngebieten Aesch, Ebmingen und Maur, mitten im Landwirtschaftsgebiet steht.

So liegt die «Looren» für die Aeschmer «vorne», für die Ebmingen «hinten» und für die Maurer «oben».

War es Kompromissfreudigkeit, dass der Standort des Oberstufenschulhauses so gewählt wurde, dass keinem Gemeindeteil ein Vorteil nachgesagt werden könnte?

Weshalb wurde das Oberstufenschulhaus der Gemeinde Maur, losgelöst von den Wohngebieten, auf der Loorenwiese gebaut?

Vorgeschichte

Die siedlungspolitische Entwicklung der Gemeinde Maur in den 50er Jahren

Den knapp 1500 Einwohnern bei Kriegsende (1945) standen im Jahre 1960 2500 gegenüber. Die stürmische Entwicklung im Zeichen des Baubooms setzte allerdings erst ca. 1953 ein. Während die Einwohnerzahl von 1940 bis 1950 nur um 7 Prozent stieg, betrug die Zunahme im nächsten Jahrzehnt über 50 Prozent. Von dieser Bevölkerungsbewegung waren die einzelnen Gemeindeteile äusserst ungleich betroffen. Das Wachstum war in Aesch und Ebmingen am grössten, hier entstanden ausnahmslos Einfamilienhäuser. Der Grund zur Bevorzugung dieser Gebiete war, neben der sonnigen Lage, die geringe Entfernung von Zürich, wo die Mehrheit der Neuzuzüger ihren Arbeitsplatz hatte, und das zu Beginn der 50er Jahre recht billige Bauland. Die wachsende Grundsteuer erlaubte es der Gemeinde, den Steuerfuss zu senken, was wiederum mehr Leute anzog.

Das Gewicht der Einwohner verschob sich eindeutig von der alten Dorfgemeinde Maur zugunsten des «Bergs».

Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Gemeinde Maur in den 50er Jahren

Die Mehrzahl der neuen Einwohner behielt ihren Arbeitsplatz in Zürich und pendelte täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort hin und her. Dieser Berufsverkehr beruhte weitgehend auf privaten Verkehrsmitteln. Auch hinsichtlich der Einkaufsgewohnheiten orientierten sich die meisten Neuzuzüger auswärts.

Die Folge dieses Berufsverkehrs war ein grundlegender Wandel in der Erwerbsstruktur der Gemeinde. Im Jahre 1950 waren noch 69 Prozent aller in Maur wohnhaften Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, zehn Jahre später waren es nur noch 28 Prozent. Die neuen Einwohner waren vor allem im Dienstleistungssektor tätig (Angestellte von Zürcher Geschäften, Versicherungen, Banken usw.).

Die Folgen dieser Entwicklungen für die Gemeindepolitik

Durch diese Entwicklung entstanden neue Aufgaben für die Gemeinde Maur wie das Ausarbeiten einer Bauordnung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, neue Schulhausbauten usw. Die Neuzuzüger wollten ihre Interessen bei der Lösung dieser Aufgaben geltend machen. Deshalb erhoben sie im Jahre 1958 erstmals Anspruch auf Vertretung in den Gemeindebehörden. Sie verfügten zwar über keine eigene Partei, gründeten aber auf die Initiative von Prof. Dr. Fritz Held einen «Quartierverein zur Wahrung der allgemeinen Interessen der Gebiete Wassberg, Aesch und Scheuren». Es kam zu keinem eigentlichen Wahlkampf zwischen den «Alten» und «Neuen», da sich die Stimmbürger an einer öffentlichen Wählerversammlung auf einen Siebnervorschlag einigten, bei dem die Interessen der neuüberbauten Gebiete auf der Forch mit zwei Vertretern (Fritz Held und Walter von Holzen) berücksichtigt wurden. Einem Teil der Maurmer ging dieser Kompromiss allerdings zu weit, konnte man doch in einem Leserbrief des Anzeigers von Uster lesen: «Es ist doch eine starke

Zumutung, wenn die ca. 10 Prozent Neuen gleich zwei Mitglieder unserer obersten Behörde beanspruchen wollen (...) Von jeher haben bodenständige Männer den Gemeinderat vertreten. Mit ihnen ist der heutige Wohlstand entstanden».

Diese von den Alteingesessenen ausgedrückte Missstimmung gegen die «Neuen» verstärkte sich, da der neue Gemeinderat, Fritz Held, in allen Geschäften ausschliesslich die Interessen der «Neuen vom Berg» vertrat. Im Vorfeld der Abstimmung über die Bauordnung machte er sich, unter dem Pseudonym «Heiri von der Forch», in einem Leserbrief über die konservative Haltung der Bauern lustig. Er nannte sie «Kurtlis» und «Köbis», die eben gern jedes «stotzige Hänglein» und «Schrebergärtlein» verkaufen würden.

Diese immer grösser werdende Kluft zwischen «Alten» und «Neuen», was fast identisch war mit «Berg» und «Tal», war die Ausgangssituation, als man über den Bauplatz des neuen Oberstufenschulhauses zu diskutieren begann, und hat den ganzen Abstimmungskampf wesentlich gesteuert.

Das Schulwesen der Gemeinde Maur

Die Situation in den 50er Jahren

Die Gebiete Aesch/Scheuren, Ebmatingen/Binz und Maur/Uessikon besaßen schon immer ihre eigenen Primarschulen. Die durch das starke Wachstum entstandene Notwendigkeit für neue grössere Primarschulhäuser auf dem Berg war unbestritten. Das neue Schulhaus in Ebmatingen wurde 1954, dasjenige in Aesch 1959 eingeweiht. Im Tal war die Primarschule geteilt, die Unterstufe war in Uessikon, die Mittelstufe in Maur zu Hause.

Es stand trotz dem erheblich grösseren finanziellen Aufwand nie zur Diskussion, das Primarschulwesen zu zentralisieren, da man den Primarschülern unmöglich so weite und z.T. gefährliche Schulwege zumuten konnte.

Für die Oberstufe war die Situation insofern anders, als die Schülerzahlen kein dezentralisiertes Schulwesen erlaubten. Seit ihrem

Bestehen war die Oberstufe in Maur zu Hause, was für die Kinder vom Berg einen langen und steilen Schulweg zur Folge hatte.

Die Notwendigkeit eines neuen Oberstufenschulhauses

Im Rahmen der Regionalplanung diskutierte die Schulpflege an der Sitzung vom 13. Februar 1959 erstmals über ein neues Oberstufenschulhaus. Das neue Schulgesetz über die Dreiteilung der Oberstufe in Ober-, Real- und Sekundarschule und die rasch wachsenden Schülerzahlen machten ein neues Oberstufenschulhaus unbestritten notwendig. Wegen des neuen Schulgesetzes, das mehr Fachlehrer und mehr Spezialräume forderte, war eine Dezentralisierung der Oberstufe, trotz den grösseren Schülerzahlen in den einzelnen Gemeindeteilen, finanziell undenkbar.

Mit 6 zu 1 Stimmen beschloss die Schulpflege, sich mit der Planung eines neuen Zentraloberstufenschulhauses zu befassen. Dass die Platzfrage aufgrund der siedlungspolitischen und wirtschaftlich-sozialen Veränderungen in den letzten Jahren Probleme geben würde, war der Schulpflege schon damals klar. Sie beauftragte zwei ihrer Mitglieder, sich mit der Landbeschaffung auseinanderzusetzen.

Die Platzwahl des neuen Oberstufenschulhauses

Erwerb des Grundstückes «Stocklen»

An der Schulpflegesitzung vom 4. Juni 1959 stellte die Landbeschaffungskommission drei mögliche Grundstücke vor: «Gemeinderüti» (Nähe Maur), «Benkelsteg» (zwischen Maur und Ebmatingen) und «Stocklen» (Nähe Aesch). Gemeinsam besichtigten die Gemeinderäte und Schulpfleger die drei Grundstücke und liessen sich von der Kommission über die Erschliessungskosten orientieren. Sie einigten sich, der nächsten Gemeindeversammlung das Grundstück «Stocklen» zum Kaufe vorzuschlagen. So beantragte die Schulpflege an der Gemeindeversammlung vom 27. Oktober 1959 einen Kredit von Fr. 300 000.- für das Grundstück «Stocklen» (2 ha)

als möglichen Bauplatz für das neue zentrale Oberstufenschulhaus. In der Diskussion befürworteten die meisten Stimmbürger den Landkauf, aber nicht als Bauplatz für das neue Oberstufenschulhaus, sondern als günstige Landreserve und eventuelles Eintauschland. Mit dieser Einschränkung wurde der Kredit mit 85 Ja zu 3 Nein bewilligt.

Der neue Vorschlag «Faden»

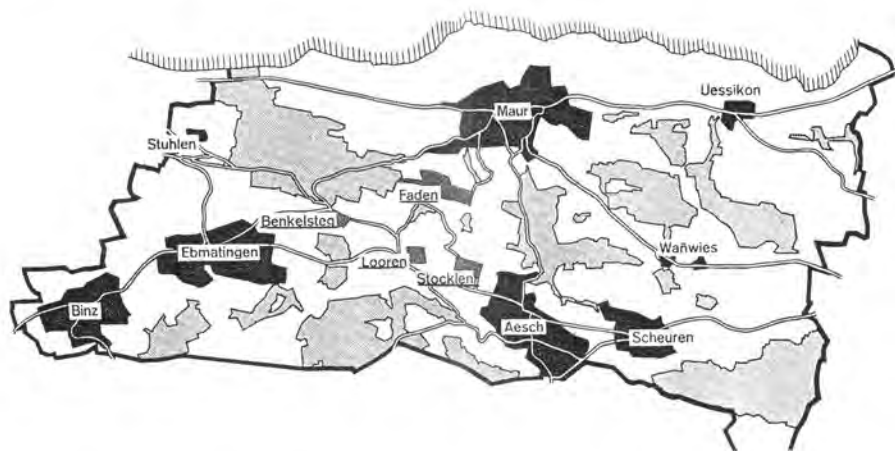
Somit war die Schulpflege nun zwar im Besitze eines Grundstückes, die Diskussion um den Bauplatz des Oberstufenschulhauses ging indessen weiter. An die Stelle des Grundstückes «Gemeinderüti» trat ein ihm benachbartes, weit grösseres Grundstück genannt «Faden». Seine Grösse betrug 6,5 ha, der Besitzer verlangte ca. eine Million Franken. Die Schulpfleger vom Tal (die Herren Vollenweider, Wolfensberger und Cremona) fanden es nun offensichtlich an der Zeit, die Öffentlichkeit in die Diskussion einzubeziehen, und sie veranstalteten einen inoffiziellen Orientierungsabend in Maur.

Als Diskussionsgrundlage diente eine neunseitige Broschüre mit Schulstatistiken, einem provisorischen Raumprogramm, Plänen, genauesten Berechnungen der Schulwege und einer Diskussion über den Standort des Schulhauses. Gerechtigkeit für alle Gemeindeteile war das oberste Prinzip, so hiess es unter anderem: «Kein Gemeindeteil kann den Anspruch auf das Zentralschulhaus erheben. Es muss in der Höhenmitte liegen». Die Schulpfleger vom Tal kamen zum Schluss, dass der «Faden» all diese Forderungen auf «ideale Weise» erfülle. Auch auf die Frage, was mit den 4,5 ha freibleibenden Landes geschehen sollte, wussten sie Antwort. Die Möglichkeiten reichten vom Bau eines Gemeindehauses über Lehrerhäuser bis zur Abgabe an Private.

Da der Anlass nur zur Orientierung dienen sollte, kam es zu keiner Konsultativabstimmung.

Der endlosen Diskussion müde, beschloss die Schulpflege, auch die Plätze «Benkelsteg» und «Faden» notariell beurkunden, von einem Vermessungsbüro die genauen Erschliessungskosten aller drei Plätze berechnen zu lassen und dann an die Öffentlichkeit zu treten.

Auf den 7. November 1960 wurde eine orientierende Versammlung, auf den 17. November 1960 eine Gemeindeversammlung festgesetzt. Je ein Vertreter sollte das entsprechende Grundstück vorstellen. Die Schulpflege fühlte sich verpflichtet, den Stimmbürgern einen Vorschlag zu empfehlen. In einer geheimen Abstimmung erhielt das Grundstück «Benkelsteg» den Vorrang.



Der neue Vorschlag «Looren»

Seit dem inoffiziellen Orientierungsabend vom 13. Juli 1960 wurde auch ausserhalb der Behörde rege über den Standort des Zentralschulhauses diskutiert. Die Stimmung im Tal war «pro Faden», diejenige auf dem Berg geteilt für «Benkelsteg» bzw. «Stocklen». Da diesen beiden Grundstücken eine nicht zentrale Lage vorgeworfen werden konnte, war die Wahrscheinlichkeit einer «Fadenmehrheit» ziemlich gross. Um dies zu vermeiden, organisierten sich einige Stimmbürger vom Berg auf Initiative von Fritz Held und suchten einen ebenfalls zentralen, aber höher gelegenen Bauplatz. Da voraussehen war, dass die Bautätigkeit auf dem Berg weiterhin mehr zunehmen würde als im Tal, schien es ihnen nur logisch und gerecht, das Zentralschulhaus «hinaufzunehmen». Nach Gesprächen mit dem betreffenden Besitzer, Robert Lüssi, beschlossen sie, an der orientie-

renden Versammlung vom 7. November 1960, die «Loorenwiese» vorzuschlagen.

Sie hofften die Plätze «Benkelsteg» und «Stocklen» würden so aus der Diskussion fallen, vor allem auch deshalb, weil Lüssi sich bereit erklärt hatte, die «Looren» gegen die «Stocklen» mit entsprechendem Aufpreis einzutauschen.

Nachdem an der orientierenden Versammlung vom 7. November 1960 je ein Schulpfleger die Plätze «Benkelsteg», «Stocklen» und «Faden» vorgestellt hatte, schlug Held vor, die Plätze «Benkelsteg» und «Stocklen» fallen zu lassen und dafür die «Looren» als Bauplatz vorzusehen. Einige Mitglieder des «Komitees Pro Looren» sprachen über die Vorteile dieses Platzes, wie die zentrale Lage, die Berücksichtigung der Bautätigkeit auf dem Berg, die schöne Aussicht und die gute Erschliessung. Trotzdem kam es zu keiner Einigung der Stimmbürger vom Berg, da der Vorschlag für die meisten überraschend kam. Es wurde auch vorgeschlagen, die verschiedenen Gemeindeteile für die Oberstufe den benachbarten Gemeinden Fällanden und Küsnacht anzugliedern und auf ein Zentralschulhaus zu verzichten. Dieser Vorschlag stiess auf heftige Abwehr, befürchtete man doch ein Auseinanderfallen der Gemeinde und sah gerade in einem Zentralschulhaus die Möglichkeit, die drei verschiedenen Gemeindeteile einander näher zu bringen.

«Looren» contra «Faden»

Nur 10 Tage blieben den verschiedenen Parteien für den Abstimmungskampf. Die Befürworter des «Fadens» verteilten eine achtseitige Broschüre, eigenartigerweise nur im Tal, wo sie sowieso mit Ja-Stimmen rechnen konnten.

Diese Broschüre: «Wo soll das Zentralschulhaus gebaut werden?» war derjenigen vom 13. Juli 1960 sehr ähnlich. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein steiler Schulweg auf dem Hin- bzw. Heimweg zwei verschiedene Dinge seien: «Sie (gemeint sind die Schüler von Maur), verlieren eine halbe Stunde Schlaf und kommen müde und erhitzt in die Schule. (...) Das Übel überfällt sie (gemeint sind die Schüler vom Berg) erst auf dem Heimweg, sie können die mühsame Steigung

im gemütlichen Bummelschritt nehmen.» Aber auch «Gerechtigkeit» wurde wieder gross geschrieben. So hiess es: «Benkelsteg, Looren und Stocklen sind extrem ungerechte Lösungen, das Tal würde überfahren. (...) Geht es um Machtpolitik oder um Verständigung?»

Auf dem Berg wurde zu einer Versammlung auf den 15. November 1960 eingeladen. Das als Einladung dienende Flugblatt: «Looren oder Faden» wurde nur auf dem Berg verteilt; trotzdem hatten einige «Fadisten» davon Wind bekommen und nahmen auch an der Versammlung teil. Die Stimmbürger vom Berg einigten sich sehr rasch, die Plätze «Benkelsteg» und «Stocklen» fallen zu lassen und gemeinsam für die «Looren» zu stimmen. Die Möglichkeit des Landabtausches trug viel zu der Einigung bei. So blieb, wie der Titel des Flugblattes bereits angekündigt hatte, die Frage: «Looren oder Faden?» Mit grossen Flugblättern wurde nun für die «Looren» Propaganda gemacht. Der «Faden» wurde als «zu kostspielig» und «überdimensioniert» dargestellt. «Looren» sei ebenso zentral, aber bedeutend billiger, bereits erschlossen und berücksichtige die bauliche Entwicklung in der Gemeinde.

Der Abstimmungskampf wurde auch in den Zeitungen ausgetragen. In den verschiedenen Leserbriefen kam die Kluft zwischen Berg und Tal deutlich zum Ausdruck. So schrieb, unter vielen anderen, «ein besorgter Vater»: «Wäre es Euch, verehrte Stimmbürger wohl unter dem Brusttuch, wenn Ihr an den Schulkindern vom Tal ein nie wieder gutzumachendes Unrecht begehen würdet?» Oder eine ebenfalls «besorgte Mutter»: «Es hat sich leider gezeigt, dass die Befürworter der Looren-Lösung weniger das Wohl der Jugend, als ihre eigenen machtpolitischen Aspekte berücksichtigen.»

Am 17. November, am Tage der Gemeindeversammlung, erschien wieder ein Leserbrief unter dem Pseudonym «Heiri von der Forch», in dem er sich über die «Fadisten» lustig machte, die «auf einer Terrasse, mit Aussicht auf den See, vom Westwind geschätzt, fern von allen Strassen und nur auf schmalen Pfaden erreichbar, ein Kulturzentrum, weitab vom Weltgetriebe schaffen wollten. (...) Der Kari habe gesagt, die Bergler sollen nur laufen, das tue diesen halben Portionen gut. Er gehe lieber ins Wasser, als dass seine Kinder zu diesen Neuen bergauf laufen müssten».

Solche Briefe vergrösserten natürlich den Graben zwischen Berg und Tal und machten die Stimmung noch gehässiger.

Die Gemeindeversammlung vom 17. November 1960

461 von 651 Stimmberechtigten füllten am 17. November 1960 die Kirche Maur. Die Propaganda hatte offensichtlich gewirkt, waren doch über 300 Männer vom Berg anwesend. Held stellte den Antrag, das Grundstück «Stocklen» in der Liste der zur Diskussion stehenden Varianten durch das Grundstück «Looren» zu ersetzen. Nach einer längeren Diskussion wurde der «Antrag Held» mit 294 gegen 151 Stimmen gutgeheissen. In einer weiteren Abstimmung wurde über jeden der Plätze «Benkelsteg», «Faden» und «Looren» abgestimmt. Das Resultat war eindeutig: Mit 286 Stimmen wurde die Loorenwiese zum Bauplatz für das neue Oberstufenschulhaus gewählt.

Die Fortsetzung des Streits

Über den Weg von Rekursen und der Kreditverweigerung versuchten die «Fadisten», den am 17. November 1960 gefällten Entscheid über den Bauplatz des Oberstufenschulhauses, rückgängig zu machen. Die Gemeindeversammlung für den Kauf- bzw. Tauschvertrag mit Lüssi, sowie die Krediterteilung für den Aufpreis wurde erst auf den 18. April 1961 festgesetzt, da die Schulpflege vorgängig den Entscheid des Bezirksrates Uster in Sachen Rekurse abwarten wollte. Mit Flugblättern versuchten sowohl das Komitee «Pro Faden» wie dasjenige «Pro Looren», möglichst viele ihrer Gesinnungsgenossen zu bewegen, an der Gemeindeversammlung vom 18. April teilzunehmen. Die Slogans der «Fadisten» waren unter anderem: «Ein zweites Mal siegt die Gerechtigkeit (...) Niemand fehle, die Chancen stehen gut.» Diejenigen der Loorenbefürworter: «Wir halten auch diesmal zusammen (...) Wir lassen uns nicht beirren.» 351 Stimmberechtigte nahmen an der Gemeindeversammlung vom 18. April 1961 teil.

Nach einer hitzigen Diskussion wurde der Tauschvertrag «Stocklen» gegen «Looren» mit einem Aufpreis von 5 Fr./m² schliesslich

mit 215 Ja gegen 131 Nein gutgeheissen. Somit war das zwei Jahre dauernde Seilziehen um den Bauplatz des Oberstufenschulhauses Maur zu Ende, und die Loorenwiese wurde als definitiver Standort erklärt.

Schlusswort

Die Standortfrage eines Schulhauses ist eigentlich ein sachliches Problem. Um so erstaunlicher ist es, dass diese Frage in der Gemeinde Maur so viele Emotionen ausgelöst hat, und die Standortwahl vor allem dadurch gesteuert wurde. Immer wieder sind die sachlichen Argumente wie Bodenpreis, Erschliessung, Baugrund, Lage etc. in den Hintergrund getreten, sonst hätte die Schulpflege wohl kaum den sachlich betrachtet ungünstigsten Platz, «Benkelsteg», empfehlen können.

In einer ersten Phase, als drei Plätze zur Diskussion standen, spielte das föderalistische Denken der einzelnen Gemeindeteile die Hauptrolle. Jeder versuchte, für sich die grössten Vorteile zu erringen, und keiner wollte zugunsten anderer nachgeben.

In einer zweiten Phase kam es schliesslich zu einem Kompromiss zwischen Aesch und Ebmatingen. Beide waren bereit, einen gleich langen Schulweg in Kauf zu nehmen, wenn das Schulhaus wenigstens auf dem Berg gebaut wurde.

Obwohl man von der Sache her dem Bauplatz «Looren» eindeutig den Vorrang geben musste, kämpften die Maurmer verbissen für «ihren» Standort. Das Gefühl des Überfahrenwerdens, der Minderheit und die konservative Haltung, die «Neuen» hätten nichts zu ändern, steuerten ihren Kampf und lösten bei der Gegenpartei verstärkt genau die gegenteiligen Gefühle aus.

Anhand dieser Standortfrage wurden auch persönliche Fehden ausgetragen. Um nur ein Beispiel zu nennen, war einer der beiden Sekundarlehrer ein «Fadist», der andere ein Befürworter der «Looren», und beide waren in ihren «Parteien» recht aktiv.

Nicht nur der ganze Abstimmungskampf mit den oben erwähnten Phasen ist modellhaft; auch das schliessliche Akzeptieren des Mehr-

heitsentscheides ist wohl typisch schweizerisch. So merkte man bald nicht mehr viel von dem langen und heftigen Streit, beteiligten sich doch alle Gemeindeteile gemeinsam an der Planung und dem Bau des Schulhauses. Dieses Akzeptieren gipfelte darin, dass einer der überzeugtesten «Fadisten» das Festspiel zur Einweihung des Schulhauses schrieb, das den mehrdeutigen Titel «Der Weg empor» trug.

Es ist wohl müssig zu fragen, ob nicht doch ein anderer Bauplatz weniger Nachteile mit sich gebracht hätte, haben doch jetzt alle Schüler einen recht weiten Schulweg zurückzulegen. Die grosse Mehrheit nimmt diesen Nachteil auf sich und ist fast stolz auf die patente, echt schweizerische Kompromisslösung: das Oberstufenschulhaus Looren.

Theres Held



Das Loorenschulhaus wurde bewusst im Zentrum der Gemeinde errichtet. Warum dies nicht auch künstlerisch darstellen? Dieser Looren-Brunnen des Maurmer Eisenplastikers Arnold Zürcher symbolisiert die vier im Gotthardmassiv entspringenden Ströme. Als Zeichen für die vier Schweizer Landessprachen und -kulturen wie für die Vielfältigkeit der Gemeinde Maur.

Gisela Goehrke

Bildernachweis:

S. 44: aus «Schule, Schüler und Lehrer» (SLZ-Taschenbuch Nr. 6, 1981. Umschlag-

Karikatur von Hermenegild Heuberger)

S. 49: Zentralbibliothek Zürich

S. 54: aus dem Privatbesitz von Ruth Zürcher



Schule von 1959 bis heute

Die gute Schule entwickelt sich weiter. Wie sich die Lebensweise der Menschen und die Gesellschaft verändert, so verändert sich auch die Schule. Das heisst nicht, dass die Schule jedem Trend folgen soll. Grundhaltungen sollen die Schule prägen, und eine Grundhaltung ist auch Traditionsbewusstsein.

Was hat sich von 1959 bis heute verändert? Was ist erwähnenswert? Was hat die Schule geprägt? Was hat die Beteiligten - Schüler und Schülerinnen, Eltern, Behörden, Lehrpersonen - beschäftigt oder sogar bewegt? Was hat zu intensiver Auseinandersetzung geführt? Es ist mir bewusst, dass ich aus meiner Warte schreibe. Wenn ich schreibe, werte ich. Einige werden es auch so sehen, andere werden das eine und andere vermissen oder anders sehen. Auch so genannte Quellen sind nur relativ objektiv. Das ist das Problem der Schreibenden.

So «berichte» ich über folgende Schwerpunkte:

- Oberstufenreform 1959
- Bestätigungswahlen von 1966
- Abteilungübergreifende Versuche an der Oberstufe der Volksschule (AVO)
 - Gegliederte Sekundarschule - Dreiteilige Sekundarschule
- Frühfranzösisch (Französisch an der Primarschule)
- Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich (1991)
- Streiflichter
- Fünftagewoche
- Rechtschreibreform (1996)

Oberstufenreform 1959

Jedes Kind besuchte die Volksschule gemäss Volksschulgesetz von 1899. Seit etwa zehn Jahren - die Revision des Volksschulgesetzes war 1943 beschlossen worden - gab es im Kanton Zürich Versuchsklassen,

die verankern sollten, die Oberstufe der Volksschule in drei Züge aufzugliedern. Die Gemeinde Maur nahm an diesen Versuchen teil.

Der Kantonsrat beschloss eine Dreiteilung der Oberstufe in Sekundarschule A und B, Oberschule; das verursachte einen heillosen Aufruhr. Schliesslich einigte man sich auf Sekundarschule, Realschule, Oberschule.

In der Volksabstimmung vom 24. Mai 1959 wurde die Gesetzesvorlage mit 102 678 Ja gegen 38 348 Nein angenommen. Den Gemeinden wurde eine zehnjährige Frist zur Organisation der Oberstufe eingeräumt. Maur realisierte sie auf Beginn des Schuljahres 1964/65.

Die Sekundarschule sollte eine doppelte Aufgabe erfüllen: Vorbereitung auf die Mittelschule und auf Berufslehren; die Real- und die Oberschule sollte vor allem auf die Berufslehren vorbereiten. Die Verteilung auf diese drei Schultypen sah man folgendermassen: (Oberstufe der Volksschule = 100 Prozent) 45 Prozent Sekundarschule, 45 Prozent Realschule, 10 Prozent Oberschule. Diese Verteilung liess sich aber nicht halten - vor allem in der Gemeinde Maur. Und deshalb ging die Diskussion um die Oberstufe weiter und findet auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Ende: «Dreiteilige oder Gegliederte Sekundarschule».

Die Oberschule wurde in der Gemeinde Maur geführt von 1964 bis 1986. Und dann wurde sie bis 1992 in die Oberschule Fällanden (Benglen) integriert. Wahrscheinlich ein fraglicher Entscheid - von den Finanzen her lässt sich vieles begründen, die so genannten Synergien kommen zum Tragen - , Gettoisierung, nicht nur im schulischen Bereich, führt aber nicht zum Ziel! In den Schuljahren 1992/93 bis 1994/95 wurde die Oberschule in unsere Realschule integriert, und seit dem Schuljahr 1995/96 wird - im Sinne der Weiterentwicklung der Schule in Maur - eine Kleinklasse geführt.

Bestätigungswahlen von 1966

Über die Bestätigungswahlen von 1966 zu berichten fällt schwer, handelte es sich doch um einen Konflikt, der Maur landesweit in die Spalten der Zeitungen brachte und in der Gemeinde einen Graben auftat.

Es geht nicht darum, einer Partei Recht zu geben. Beide reklamierten das Recht für sich.

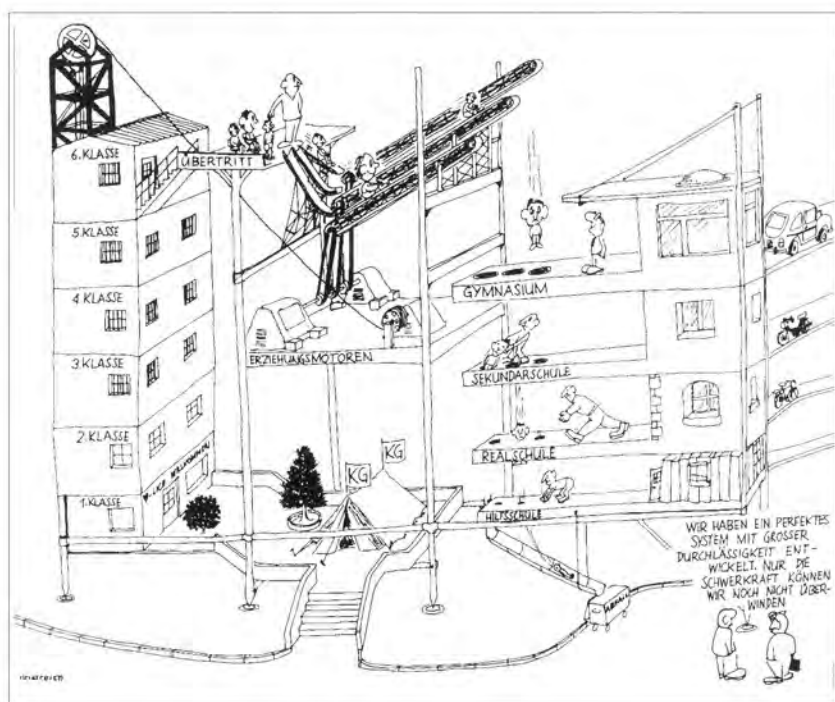
Im Januar 1966 beschloss die Schulpflege, den bisherigen Sekundarlehrer Max Meier nicht mehr zur Wiederwahl vorzuschlagen. Dieser Beschluss gab viel zu reden. Während die einen im Vorgehen der Schulpflege und in der anschliessenden Wegwahlkampagne den einzigen Ausweg sahen, der eine weitere erspriessliche Zusammenarbeit in der Schulgemeinde gewährleistete, stellten die Vorkommnisse für die andern einen klaren Fall politischer Repression dar.

Max Meier war 1957 zum zweiten Sekundarlehrer in Maur gewählt worden. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges - der Ungarn-Aufstand lag erst ein gutes halbes Jahr zurück - hatte die lokale BGB-Partei gegen die Wahl Max Meiers opponiert. Sie wies hin auf die kommunistische Vergangenheit des Lehrers. 1960 wurde Max Meier wieder gewählt - ebenfalls unter Opposition. Doch ganz beruhigten sich die Gemüter nicht: 1961 beschäftigte zum Beispiel Max Meiers Teilnahme am Osterfriedensmarsch der Atomwaffengegner in England die lokale Presse. Im November 1965 fand der politisch umstrittene Lehrer mit seinem Festspiel zur Eröffnung des Schulhauses Looren allgemeine Anerkennung. Kurz vor den Bestätigungswahlen von 1966 schwoll die Opposition flutartig wieder an. Unmittelbarer Anlass dafür war ein Referat Max Meiers im Dezember 1965 vor der Jugendsektion der Partei der Arbeit über die Bildungssituation in der Schweiz. Es folgte ein überaus heftiger Wahlkampf, in dem ein «Elternkomitee» hauptsächlich die pädagogischen Qualitäten, das «Wegwahlkomitee» die politischen Aktivitäten des Lehrers betonten. Schliesslich sprach sich am 6. Februar 1966 bei einer Stimmbeteiligung von annähernd 85 Prozent die Mehrheit der Stimmberechtigten gegen eine weitere Anstellung Max Meiers aus: 365 Nein standen 262 Ja gegenüber.

Abteilungsübergreifende Versuche an der Oberstufe (AVO)

1975 gab der Erziehungsrat grünes Licht für abteilungsübergreifende Versuche an der Oberstufe. In der dreigeteilten Oberstufe heisse Durchlässigkeit in erster Linie Abstufung (im Schnitt gegen 8 Prozent);

Aufstufungen seien selten (im Schnitt 3,5 Prozent) und meist nur nach bestandener Übertrittsprüfung, anschließender Bewährungszeit und Wiederholung einer Klasse möglich. Folgen seien Typisierung der Schülerinnen und Schüler, dadurch bedingte gesellschaftliche Bewertung und entsprechende Berufschancen.



Die Grundidee der neuen Oberstufe bestehe darin, allen Schülerinnen und Schülern eine individuellere Schulbildung zu gewährleisten, die ihrer Leistungsfähigkeit und auch ihren Interessenschwerpunkten so weit als möglich gerecht werde.

Seit 1977 finden abteilungsübergreifende Versuche statt. Im Schuljahr 1991/92 waren es 15 Versuche mit insgesamt 2049 Schülerinnen und Schülern in 128 Klassen. Das entsprach 8 Prozent aller Jugendlichen der Oberstufe. Heute nehmen von den 113 Oberstufenschulgemeinden deren 18 daran teil. Die Lehrerinnen und Lehrer der Ober-

stufe Maur befassten sich mit diesen Versuchen intensiv – und bei jedem Behördenwechsel von neuem – und blieben bei der Dreiteilung.

Worin besteht das AVO-Modell?

Die AVO-Schule besteht aus den beiden Stammklassen G (Grundlegende Anforderungen) und E (Erweiterte Anforderungen) sowie drei Niveaugruppen: g (grundlegend), m (mittel), e (erweitert) in der Regel in den Fächern Französisch und Mathematik.

Die Einstufung in die beiden Stammklassen erfolgt nicht aufgrund eines Notendurchschnittes, sondern aufgrund einer Gesamtbeurteilung des Schülers/der Schülerin. In dieser Beurteilung ist auch eine Bewertung des Auffassungsvermögens, des Arbeitstempos, der Motivation, der Belastbarkeit und der Weiterentwicklung miteinbezogen.

Die Zuteilung in eine der drei Niveaugruppen im Fach Mathematik erfolgt aufgrund der in der Primarschule erbrachten Leistungen. Im Fach Französisch erfolgt die Einstufung erst nach den ersten 8 bis 10 Wochen Unterricht an der Oberstufe.

An der Einstufungskonferenz werden die Anträge der Lehrpersonen der Primarschule zusammen mit denen der Oberstufe und Vertretern der Schulpflege besprochen. Die Bewährungszeit entfällt. Die Einstufung bedeutet keine endgültige Weichenstellung für die weitere schulische Entwicklung. Die Schülerinnen und Schüler können während der ganzen Oberstufenzeit an drei Terminen jährlich innerhalb der Stammklassen und Niveaugruppen umgestuft werden. Repetitionen gibt es nicht. Das System ist durchlässig, und diese Durchlässigkeit bringt es mit sich, dass zum Beispiel eine Schülerin in der Stammklasse E, in Mathematik in der Niveaugruppe e, in Französisch aber in der Niveaugruppe g ist. Umgekehrt kann ein Schüler der Stammklasse G in Mathematik oder Französisch – entsprechend seiner Begabung – in der Niveaugruppe e sein.

Um die abteilungsübergreifenden Versuche an der Oberstufe, die im Laufe der Zeit immer wieder modifiziert wurden, herrscht ein «erbitterter» Grabenkampf. Welche Organisationsform besser ist, das ist heute fast eine Glaubensfrage. Was die einen als Vorteil sehen, wird von den andern als Nachteil empfunden.

Argumente der Befürworter der AVO-Schulen

1. Die erhöhte Mobilität muss auf der Beziehungsebene auch als Chance gesehen werden. Die Schülerinnen und Schüler sind nicht mehr einer einzigen Lehrperson «ausgeliefert», sondern haben die Chance, besondere Beziehungen zu einer Lehrperson ihrer Wahl aufzubauen.
2. Die fein abgestimmte Differenzierung in Mathematik und Französisch ermöglicht es, mit einer leistungsmässig ausgeglichenen Gruppe vermehrt auch anspruchsvolle Aufgaben anzupacken.
3. Deutsch lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur im Fach «Deutsch», sondern in allen Fächern. Darüber hinaus ist es auch denkbar, Deutsch an Stelle von Französisch in Niveaugruppen zu unterrichten.
4. Zugegeben, der Anschluss in die nächste Stammklasse bzw. Niveaugruppe muss gewährleistet sein. Es wirkt sich sicher nicht nachteilig aus, wenn der Stoff vertieft wird. Zudem hat die Teamarbeit unter den Lehrpersonen Vorbildfunktion für die Schülerinnen und Schüler.
5. Fächerübergreifendes Unterrichten in den AVO-Schulen ist sehr wohl möglich. Zugegeben, der organisatorische Aufwand ist grösser.

Argumente der Gegner der AVO-Schulen

1. Der häufige Wechsel der Lerngruppen zwischen Stammklassen- und Niveauunterricht und der dreimal jährlich stattfindende Umstufungsstress bringen zu viel Unruhe in den Unterricht und stören, da die Schülerinnen und Schüler keine feste Bezugsperson mehr haben, die Geborgenheit. Die Auflösung des Klassenverbandes führt zu Vereinsamung und Orientierungslosigkeit. Akzentuiert wird diese Problematik durch zunehmende soziale und familiäre Schwierigkeiten. Jugendliche im Oberstufenalter brauchen Stabilität und Beziehungen, nicht «Kontakte». Einen tragfähigen sozialen Rahmen bietet primär ein fest gefügter Klassenverband, nicht eine fixe Jahrgangsklasse.
2. Die Zusammenlegung der dreigeteilten Oberstufe führt vor allem im oberen Leistungsbereich zu einer Niveau-Senkung.
3. Die deutsche Sprache als Kultursprache ist das wichtigste Werkzeug

unseres Denkens und unserer Verständigung und verlangt deshalb einen zentralen Stellenwert in unserem Bildungssystem. Da Deutsch nicht in Niveaugruppen unterrichtet wird, sind Abwertung und Qualitätsverluste nicht zu vermeiden.

4. Da die Stammklasse und die Niveaugruppen gewechselt werden können, müssen ständig Absprachen getroffen werden. In der Stammklasse E und in den Niveaugruppen m und e kommt das ein-
nem Treten an Ort gleich.
5. In den AVO-Schulen lässt sich der neue Lehrplan nur bedingt umsetzen. Der starre Stundenplan lässt kein fächerübergreifendes Unterrichten zu, die Hektik lädt nicht ein zu Musse.

In dieser Patt-Situation schickte der Erziehungsrat am 13. September 1993 die Vorlage, das Modell AVO hiess jetzt Gegliederte Sekundarschule, in die Vernehmlassung.

Vernehmlassung «Gegliederte Sekundarschule»

Die generelle Einführung der Gegliederten Sekundarschule wurde von 90 Prozent der Lehrpersonen der Oberstufe abgelehnt, von 18 der 20 Schulkapiteln, von der Mehrheit der Oberstufen- und Bezirksschulpflegen, von den Wirtschaftsverbänden und weiten Kreisen der Politik.

Schulzufriedenheit: Vergleich der AVO-Schulen mit der dreiteiligen Oberstufe

Im Juli 1996 wurden Eltern von Kindern der 3. Klassen der Oberstufe und Schülerinnen und Schüler, die im Sommer 1995 die Schule verlassen hatten, befragt.

Die Ergebnisse dieser Umfrage lauten:

- Die früher festgestellten positiven Wahrnehmungen der Oberstufe durch Schüler und Schülerinnen der AVO-Schulen sind deutlich weniger positiv als vor 9 Jahren, als die Pädagogische Abteilung der Erziehungsdirektion die Untersuchung in eigener Kompetenz durchführte. Auch bewerten Ehemalige der AVO-Schulen diese nicht mehr so vorteilhaft wie in den Jahren 1984 bis 1987.

- In der dreiteiligen Oberstufe - in der doch in den letzten 20 Jahren keine äusserlichen Veränderungen durchgeführt wurden - sind die Schülerinnen und Schüler zu 84,5 Prozent «sehr oder eher zufrieden» und 13 Prozent «eher unzufrieden» bzw. 2,5 Prozent «sehr unzufrieden». Bei den AVO-Schulen sind 81,2 Prozent «sehr oder eher zufrieden» und 15,8 Prozent «eher unzufrieden» bzw. 3 Prozent «sehr unzufrieden».

Fehde um das «richtige» Oberstufenmodell

Es ist kein Geheimnis, dass Erziehungsdirektor Alfred Gilgen eine Reform im Sinne des AVO favorisierte. Die Vernehmlassung «Gegliederte Sekundarschule» und die Umfragen zeigten ein anderes Bild. Der neue Erziehungsdirektor, Ernst Buschor, beauftragte das Pädagogische Institut der Universität Bern, die beiden Modelle zu evaluieren. Untersucht werden sollten die Leistungen in Deutsch und Mathematik. Der Test wurde im November 1996 im 8. Schuljahr in 168 Klassen - bei mehr als 3000 Schülerinnen und Schülern - durchgeführt. Es liessen sich weder in Deutsch noch in Mathematik Leistungsunterschiede zwischen den beiden Schulmodellen erkennen.

Für Erziehungsdirektor Buschor war die Fehde um das «richtige» Oberstufenmodell ein Streit um des Kaisers Bart. In Zukunft sollten die Gemeinden ihr Modell wählen.

Am 28. September 1997 sagten die Zürcher Stimmberechtigten ja zur Änderung des Volksschulgesetzes, der der Kantonsrat mit 143:0 Stimmen zugestimmt hatte: Die Oberstufe der Volksschule soll neu gestaltet werden. Die einzelnen Gemeinden können zwischen der Dreiteiligen Sekundarschule und der Gegliederten Sekundarschule wählen.

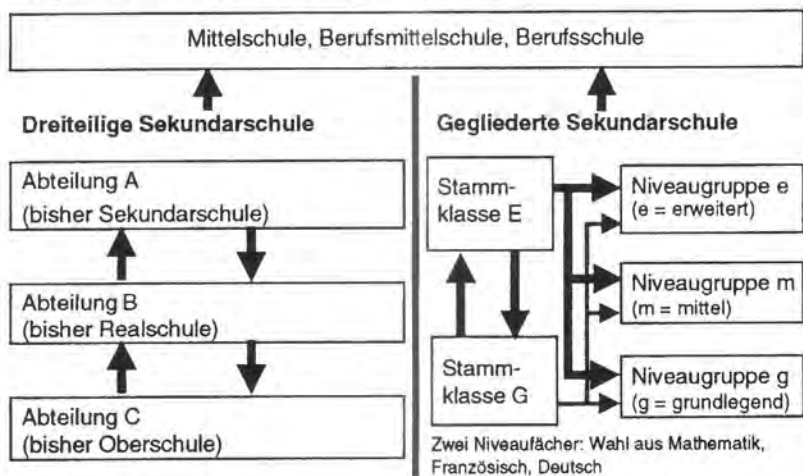
An der Dreiteiligen Sekundarschule wird der Unterricht in drei Abteilungen mit unterschiedlichen Anforderungen erteilt. Diese entsprechen der bisherigen Sekundar-, Real- und Oberschule. Die Primarlehrerin bzw. der Primarlehrer teilt zu; Übertrittsprüfungen finden keine statt. Die Durchlässigkeit besteht darin, dass von einer Abteilung zur andern ohne zeitlichen Verlust eines Jahres gewechselt werden kann. Eine solche Auf- oder Abstufung ist angezeigt, wenn angenommen werden kann, eine Schülerin/ein Schüler werde in der andern Ab-

teilung besser gefördert. Der Abteilungswechsel erfolgt zweimal jährlich aufgrund einer umfassenden Beurteilung. Er ist auf Antrag der verantwortlichen Lehrperson oder auf Gesuch der Eltern möglich. Der Entscheid darüber liegt bei der Schulpflege.

An der Gegliederten Sekundarschule werden Stammklassen mit grundlegenden und erweiterten Anforderungen und für zwei Fächer, in der Regel sind es Mathematik und Französisch, Niveaugruppen auf drei verschiedenen Anforderungsstufen gebildet. Zwischen den Stammklassen und zwischen den Niveaugruppen sind Auf- und Abstufungen möglich, wenn die schulische Entwicklung einen solchen Schritt rechtfertigt. Die Gegliederte Sekundarschule entspricht im Wesentlichen dem AVO-Modell.

Sobald das Gesetz in Kraft ist, haben die Gemeinden drei Jahre Zeit, über die Organisationsform ihrer Oberstufe zu entscheiden. Zuständig ist in Maur die Gemeindeversammlung. Innerhalb von vier Jahren nach In-Kraft-Treten des Gesetzes muss in den ersten Klassen der Oberstufe mit dem gewählten Modell begonnen werden.

Organisation der Oberstufe der Volksschule



Frühfranzösisch (Französisch an der Primarschule)

Im Schuljahr 1989/90 wurde das Französisch auf der Mittelstufe eingeführt. Die Schülerinnen und Schüler sollten die Zweitsprache auf spielerische Weise erlernen; auf Hausaufgaben sollte verzichtet werden, ebenfalls aufs Schreiben, angesagt war das spielerische Lernen – und das alles ohne jede Verbindlichkeit. Als Lehrmittel standen zur Wahl: «Le hériçon» und «C'est pour toi!» Da das Frühfranzösisch nicht selektionswirksam sein sollte, wurde nicht diskutiert über das Anschlussprogramm.

Man versprach sich viel:

L'élève doit être dans la langue comme un nageur dans l'eau. Il ne possède pas l'eau, il se meut dans l'eau. A quelque niveau de la langue que l'on se place, l'élève devrait se mouvoir avec une relative aisance, sans ressentir l'anxiété constante de la correction des démarches à exécuter. Il devrait toujours être à son aise, comme «un bon nageur qui se pâme dans l'onde».

Im Unterricht sollten die Grundsätze gelten:

- **Optimismus**

Optimismus meint hier nicht die pädagogische Grundeinsicht, dass Ermutigung weiterhilft, sondern das Vertrauen der Lehrperson in die Lernfähigkeit der Lernenden und das Vertrauen der Lernenden in ihre eigene Lernfähigkeit: das eine als Resultat des andern gesehen.

- **Zyklisches Vorgehen**

Die Lehrpersonen sind Gärtner/Gärtnerinnen, keine Maurer/Maurerinnen. Eine lebendige Sprache ist nicht durch das bloße Aufschichten noch so sorgfältig behauener Einzelsteine zu lernen. Es geht darum, früher Gelerntes und Neues zu verbinden, nicht alles auf einmal zu lernen.

- **Immanente Repetition**

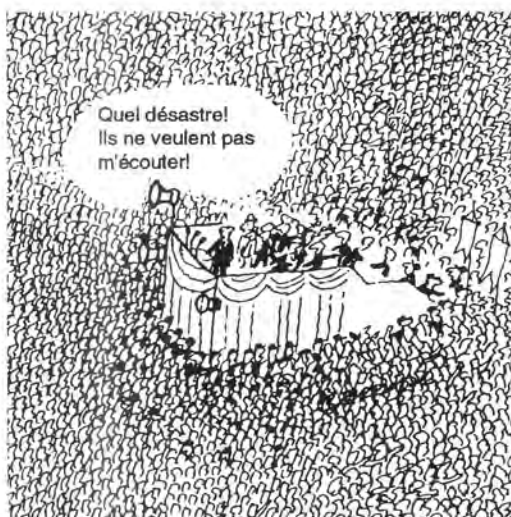
Die Lehrpersonen geben sich nicht der Illusion hin, das einmal Behandelte «sitze», sondern sie lassen sich leiten von der immanenten Repetition:

- Gleiches auf immer wieder neue Art und Weise anpacken;
- den Stoff von verschiedenen Seiten angehen;

- den Standpunkt der Lernenden aufnehmen, verändern, lenken;
- die Beziehungen zwischen den Themen ausnützen.
- **Anschaulich-situatives Vorgehen**
Anschaulichkeit, situatives Vorgehen meint nicht, dass man bei jeder Gelegenheit vom Bild, vom Gegenstand auszugehen habe: Die Lernenden entwickeln auch innere Bilder. Ein situatives Vorgehen zeigt sich darin, dass sich die Lehrpersonen bemühen, von einer echten Situation als Sprech Anlass auszugehen - und nicht etwa von der grammatischen Zielsetzung einer bestimmten Übung. Lehrpersonen wie Lernende verfügen über nonverbale Veranschaulichungsmöglichkeiten: Gestik, Mimik, Vorzeigen, Skizzieren.

Kritik wurde laut - und zwar von allen Seiten:

- Frühfranzösisch ist ein verstecktes Selektionsfach.
- Spielerisches Lernen ist sicher gut; aber es darf nicht beim Spielen bleiben. Wenn eine Fertigkeit oder eine Struktur spielerisch erworben wird, ist sicher nichts dagegen einzuwenden.
- Das Unverbindliche im Frühfranzösisch führt zu einer Haltung, die den Unterricht in den andern Fächern negativ beeinflusst: Es ist ja unbedeutend, ob es jetzt heisst «le gare» oder «la gare» oder ob man sagt «Je vas maison» oder «Je vais à la maison», man weiss ja eh, was man sagen will.
- Nichts gegen die Grundsätze im Unterricht. Zu bedenken ist aber auch, dass die Kommunikationsfähigkeit vier Hauptfertigkeiten umfasst, die es beharrlich zu entwickeln gilt: Hörverstehen, Sprechen, Leseverstehen und Schreiben.



- Beim Lernen sollen alle Sinne einbezogen werden.
- «Hausaufgaben bilden eine Ergänzung zum Unterricht. Die Lernenden sollen Vertrauen in ihr Können gewinnen, sich daran gewöhnen, selbständig zu arbeiten, und dabei lernen, ihre Zeit einzuteilen.» (Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich) Gilt das nicht auch für Französisch? Ein Fach, in dem keine Hausaufgaben erteilt werden dürfen, rückt ab in die Bedeutungslosigkeit.

Die Lehrpersonen an der Primarschule haben getan, was ihnen aufgetragen war, sie haben das vermeintlich viel versprechende Konzept umgesetzt. Die meisten aber haben die Unvollkommenheit des Konzeptes erkannt und ihre Konsequenzen gezogen.

Am 12.08.97 hat der Erziehungsrat neue Richtlinien - gültig ab Schuljahr 1997/98 - erlassen:

- Der Erwerb der mündlichen Verständigungsfähigkeit - Hörverstehen und Sprechen - ist das Hauptziel. Lesen und Schreiben stützen den Lernprozess und haben auch im elementaren Französisch-Unterricht einen wichtigen Platz.
- Hausaufgaben dürfen erteilt werden. Sie müssen aber ohne fachliche Hilfe lösbar sein.
- Lehrmittel «C'est pour toi!»: Mit PAS 1 bis 22 ist das Fundament der wichtigsten Redemittel gelegt. Das Durcharbeiten dieser PAS ist verbindlich.

In Aussicht gestellt wird ein Lehrmittel, das für die Volksschule verbindlich sein soll. Und schon kommt die nächste Überraschung: Englisch ab der 2. Klasse der Primarschule. Wäre es da nicht angezeigt, zuerst einmal - anstelle von Schnellentschlüssen - ein Sprachenkonzept zu erarbeiten, das uns Auskunft gibt über

- Spracherwerbstheorie aufgrund der Psycholinguistik, der Soziolinguistik und der Entwicklungspsychologie;
- Spracherwerbssituation in der Schweiz;
- Evaluation des bisherigen Spracherwerbskonzepts im Kanton Zürich?

Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich (1991)

1984 wurde mit der Gesamtrevision der Lehrpläne für die Volksschule des Kantons Zürich begonnen. Es gab mehrere Anlässe für die Lehrplanrevision: Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau mit dem entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung erforderte eine Vereinheitlichung des Bildungsangebotes für Mädchen und Knaben; zahlreiche neue Forderungen an die Schule waren mit wachsendem «Stoffdruck» verbunden und liessen den Wunsch nach Überprüfung des Auftrages der Volksschule entstehen: Was ist wesentlich? Was ist überholt? Welche neuen Anliegen müssen berücksichtigt werden?

Wir alle wissen es: Immer neue Aufgaben werden der Schule aufgebürdet: Suchtprävention, AIDS-Information, Berufswahlvorbereitung, Informatik usw. Gleichzeitig wird ein Manko in elementaren Fähigkeiten, welche die Schule zu vermitteln hat, beklagt. Zusätzlich werden von verschiedenster Seite andere Formen des Lernens postuliert: vermehrte Teamarbeit, stärkerer Lebensbezug, Förderung des fächerübergreifenden Denkens usw. Das wichtigste Bildungsziel der Schule kann nicht mehr das Verfügen über Faktenwissen sein. Ge-

fragt sind heute zusammenhängende und strukturierte Begriffe, Einblicke, Fähigkeiten und Einstellungen, die selbstständiges Lernen, verantwortungsbewusstes Entscheiden und Handeln in unserer komplexen Welt ermöglichen.

1991 kam der für alle Stufen der Volksschule gültige Lehrplan heraus – ein blau-weisser Ordner, gefüllt mit rund 360 Seiten im A4-Format. Die Einführung – gestaffelt in zwei Regionen – war für alle Lehrerinnen und Lehrer obligatorisch. Vom Schuljahr 1992/93 an wurde – ebenfalls gestaffelt – der Lehrplan erprobt. 1998 soll er definitiv eingeführt werden.

Während sich bisherige Lehrpläne meist in sehr allgemein gehaltene Bildungsabsichten und mehr oder weniger detaillierte Stoffpläne in



Form von Themenlisten für die einzelnen Fächer und Klassen gliederten, reflektiert der neue Lehrplan Bildung und Unterricht und setzt Rahmenbedingungen und Richt- bzw. Grobziele.

Leitbild

Im Leitbild werden zehn Grundhaltungen formuliert, die die Schule prägen sollen. Diesen zehn Grundhaltungen liegt nicht ein realistisches Menschenbild zu Grunde, sondern ein idealistisches. Es gibt keine Bedrohung, kein Scheitern, kein Versagen, keine Brüchigkeit.



Unterrichtsbereiche, Unterrichtsgegenstände, Richtziele

Die Lernziele für die fünf Unterrichtsbereiche «Mensch und Umwelt», «Sprache», «Gestaltung und Musik», «Mathematik» und «Sport», denen die Unterrichtsgegenstände untergeordnet sind, werden in den Detaillehrplänen schrittweise konkreter. Zunächst wird die Bedeutung des Unterrichtsbereiches im Rahmen des Bildungsauftrags aufgezeigt. Richtziele beschreiben, was Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Volksschulzeit gelernt haben sollen - in Lebenskunde und Realien z. B. grundlegende Arbeitsweisen kennen lernen, Orientierungswissen er-

werben, Einblick in Zusammenhänge gewinnen, Wertvorstellungen klären. Alle Richtziele stellen Idealvorstellungen dar, welche die Richtung weisen, an der sich der gesamte Unterricht orientieren soll.

Stufenlehrpläne - Grobziele **- Feinziele - spiralförmiger** **Aufbau des Lehrplanes**

In den Stufenlehrplänen sind die Grobziele für die Unter-,

Mittel- und Oberstufe formuliert. Die Grobziele bilden die höchste Konkretisierungsstufe, die im Lehrplan vorgegeben wird. Die Feinziele zu erarbeiten - als letzte Konkretisierungsstufe - gehört zur Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer. Alle Stufenlehrpläne sind in tabellarischer Form von Ziel/Inhalt-Einheiten dargestellt: Ziel (Was tun die Schülerinnen und Schüler? Wie handeln sie? Welche Aktivitäten charakterisieren den Lernprozess? Welches Endverhalten wird angestrebt?) und Inhalt (Womit beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler (mögliche Themen, geeignete Situationen, Techniken, Mittel und Medien, angestrebte Produkte)? Diese Einheiten sind als Perspektiven zu verstehen, unter denen die Planung und Gestaltung des Unterrichts erfolgt. Für alle Stufen bestehen Einheiten mit gleichen Titeln und analoger Gliederung. Dies soll den spiralförmigen Aufbau des Lehrplans sichtbar machen und die Orientierung an gemeinsamen Zielen erleichtern.

Die Grobziele sollen in etwa 3/4 der effektiven Unterrichtszeit erreicht werden können. Die verbleibende Unterrichtszeit kann entsprechend den Anteilen der Unterrichtsbereiche und -gegenstände für besondere Anliegen der Schule und der Lehrerinnen und Lehrer sowie für individuelle Lernbedürfnisse von Schülerinnen und Schülern verwendet werden.

- Mensch und Umwelt

Biblische Geschichte (Primarschule);
Religionsunterricht (Oberstufe);
Lebenskunde (Primarschule); Realien;
Haushaltkunde (Oberstufe)

- Sprache

Schrift (1.- 4. Schuljahr);
Deutsch, Französisch (Primarschule);
Deutsch, Französisch, Englisch / Italienisch (Oberstufe)

- Gestaltung und Musik

Handarbeit, Zeichnen und Musik

- Mathematik

- Sport

Wahlfächer

In der 3. Klasse der Oberstufe ermöglicht der Wahlfachunterricht den Schülerinnen und Schülern, neben den Pflichtlektionen nach Neigungen und Interessen individuell zu wählen: Realien, Haushaltskunde, Deutsch, Französisch, Englisch/Italienisch, Handarbeit textil, Handarbeit nicht textil, Zeichnen und handwerkliches Gestalten, Musik, Mathematik, Geometrisches Zeichnen.

In den Lektionentafeln legt das «minimale Angebot» die Anzahl Lektionen pro Woche fest, die durch die Gemeinde angeboten werden müssen. Die «maximale Wahl» legt die Anzahl Lektionen pro Woche fest, die von der Schülerin/dem Schüler höchstens gewählt werden dürfen.

Die Ziele und Inhalte für den Wahlfachunterricht sind aus Gründen der Flexibilität im Lehrplan nicht gesondert festgelegt. Der Wahlfachunterricht orientiert sich an den Richtzielen des entsprechenden Unterrichtsbereichs und erweitert und vertieft die Lernziele und -inhalte.



Partnerschaftliches Arbeiten.

Fünftagewoche

Im 3. Quartal des Schuljahres 1992/93 führte die Schulpflege Maur eine Elternbefragung durch. In den Schuljahren 1987/88 bis 1991/92 war die Fünftagewoche in Versuchsgemeinden erprobt worden, und die Schulgemeinde Maur wollte neu an diesem Versuch teilnehmen. Die Frage lautete: Soll die Schulgemeinde Maur im Schuljahr 1993/94 die Fünftagewoche einführen?

Pädagogische und gesellschaftspolitische Argumente liessen sich für und gegen die Fünftagewoche finden.

Die Umfrage ergab eine deutliche Mehrheit für die Einführung der Fünftagewoche. Eine Standortbestimmung heute müsste wohl ergeben, dass der Entscheid gut war - negative Stimmen werden kaum laut, und man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass die Fünftagewoche die Zukunft sein wird, zumal auch Mittelschulen, z. B. die Kantonsschulen Enge, Riesbach und Wetzikon beantragt haben, auf Beginn des Schuljahres 1998/99 die Fünftagewoche einzuführen. Für die andern wird es wohl nur noch eine Frage der Zeit sein.

Streiflichter

Über Reformvorlagen können wir uns wirklich nicht beklagen: Eine Vorlage jagt die andere: Organisation der Oberstufe, Lehrerbildung 2000, lohnwirksames Qualifikationssystem, Teilautonome Volksschule.

Schulmodell oder Bewegung ohne Ende

Man stelle sich die Schule vor: Die Lehrpersonen sind optimal ausgebildet und hochmotiviert. Sie sind mit dem besten Unterrichtsmaterial ausgerüstet und haben Klassengrößen, die neben dem Klassenunterricht auch das individuelle Unterrichten erlauben. Sie müssen sich nicht die meiste Zeit der erzieherischen Arbeit widmen - dabei wissen sie doch, dass sie die elterliche Erziehungsverantwortung nur unter-

stützen, nicht aber ersetzen können. Sie verfügen über günstige und unkomplizierte Weiterbildungsmöglichkeiten, zu denen sie drängen. Mit Ruhe und Gelassenheit können sie ihrer Arbeit nachgehen, bei der sie sich unterstützt und getragen fühlen. Ihre Schule, in der Teamarbeit gross geschrieben wird, ist nicht nur Lern- und Förderanstalt, sondern nimmt die Chance wahr als Vermittlerin einer pädagogischen Botschaft. Ist da die Diskussion über das «richtige» Schulmodell nicht müssig?

Was macht den guten Lehrer /die gute Lehrerin aus?

Seit mehr als fünfzig Jahren beschäftigt sich die pädagogisch-psychologische Forschung mit der Lehrer-Persönlichkeit und ihrem pädagogischen Handeln. Stärker als bei anderen wissenschaftlichen Untersuchungen sind die Ergebnisse solcher Studien durch das jeweilige Verständnis der Forscher geprägt. Und selbst bei denjenigen, die Lehrer von Amts wegen zu beurteilen haben, gibt es die unterschiedlichsten Einschätzungen darüber, was einen guten Lehrer ausmacht. Häufig wurde eine bestimmte Unterrichtsmethode unabhängig vom Lehrer, unabhängig von der Schülerin und vom Schüler und abgelöst vom jeweiligen Lernzusammenhang analysiert.

Neuere Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Psychologische Forschung in München, die den Zusammenhang zwischen Lernprozess und Lernprodukt in seiner Gesamtheit aufschlüsseln, haben zu dem Ergebnis geführt, dass es ganz verschiedene, aber nicht beliebige Möglichkeiten gibt, erfolgreich Unterricht zu halten. Überdurchschnittliche Erfolge jedoch lassen offenbar nicht auf gruppendynamische Varianten und soziale Beziehungen im Klassenzimmer schliessen, sondern auf einen möglichst zielgerichteten Unterricht, der eine Steuerung und Stützung der Schülerinnen und Schüler bevorzugt und wenig Zeit für nicht fachliche Aktivitäten aufwendet. Die Stärken des erfolgreichen Lehrers liegen also in seinen kognitiven Fähigkeiten, weniger am sozialen und emotionalen Engagement im Unterricht, was nichts daran ändert, dass ein positives Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden unersetzbar ist. Ein guter Lehrer muss – daran lassen die Ergebnisse keinen Zweifel – vor allem über professionelles Wissen

und Können verfügen und erzieht nicht etwa durch das, was er ist, sondern durch das, was er weiss und tut.

Ein guter Lehrer hält einen wohlgeplanten und organisierten Unterricht, der das aufgabenbezogene Verhalten der Schülerinnen und Schüler sicherstellt, das zielbewusste Lernen betont, tutorielle Hilfen gibt und diagnostische Rückmeldungen bietet. Ein guter Lehrer verfügt stoffgerecht über jeweils angemessene Variationen des Lehrens, ohne einseitiger Schülerorientiertheit oder Lehrerdominanz zu verfallen. Von einer sinkenden Bedeutung der Lehrer jedenfalls kann keine Rede sein. Vielmehr bedarf es mehr denn je gut ausgebildeter Lehrer, die ihr Wissen mit erworbenen pädagogischen Fähigkeiten so verknüpfen können, dass sie die Schülerinnen und Schüler zu einem über die blosse Reproduktion von Wissen weit hinausreichenden Umgang mit dem Unterrichtsstoff befähigen. In einer Betreuungsschule, die nur auf die Wünsche der Schülerinnen und Schüler achtet, wird das freilich nicht gelingen.

Lohnwirksames Qualifikationssystem (LQS)

Es ist Regierungsrat Buschors erklärtes Ziel, das lohnwirksame Qualifikationssystem für die Lehrpersonen der Volksschule einzuführen, obwohl er selbst zugeben muss:

«Tatsächlich sind die Leistungen schwer messbar. Das Problem ist auch aus der Qualitätssicherung bekannt. Qualität ist - auch in der Schule - ein vielschichtiger und komplexer Begriff. Letzlich ist er bis zu einem gewissen Grad subjektiv. Man kann allerdings Kernelemente der Qualität definieren und erfassen. Dies gilt für alle Berufe und Tätigkeiten. Die Leistungen der Lehrpersonen sind beurteilbar: Engagement, Umgang mit Kindern und Eltern, Bereitschaft zur Übernahme von Aufgaben, Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen usw. Es geht nicht darum, Lehrerinnen und Lehrer in einer Rangliste zu klassifizieren. Man kann aber besonders engagierte und erfolgreiche feststellen und entsprechende Urteile begründen. Trotz allfälliger Unbekannten und Fragezeichen ist die Lehrtätigkeit keine Geheimwissenschaft...»

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen alle vier Jahre von einem Dreier-team der Schulpflege lohnwirksam beurteilt werden, zum ersten Mal

im Herbst 1998. Selbstverständlich geht auch diese Vorlage in die Vernehmlassung. Die Qualifikation stützt sich auf folgende Kriterien:

- Klassenführung: Vorbildwirkung, Gemeinschaftsförderung, Beziehung zum einzelnen Schüler;
- Unterrichtsgestaltung: Zielorientierung des Unterrichts, Abwechslung von Lehr- und Lernformen, Förderung eigenverantwortlichen Lernens;
- Engagement für Lehrerteam und Schule: Angebote für das Lehrerteam, Mitwirkung in der Schulgemeinde, Zusammenarbeit mit Spezialisten;
- Öffnung der Schule: Einbezug der Eltern, Auseinandersetzung mit Veränderungen, Umsetzung ausserschulischer Erfahrung.



Das Dreierteam führt die Beurteilung aufgrund von Unterrichtsbesuchen durch. Parallel dazu beurteilt die Lehrperson nach dem gleichen Raster sich selbst. Fremd- und Selbstbeurteilung bilden die Basis für ein abschliessendes Qualifikationsgespräch. Daraus resultiert eine Gesamtbewertung, zu der die Lehrperson Stellung nimmt. Schliesslich: Antrag an die Schulpflege, die sowohl über Salär- als auch über Fördermassnahmen entscheidet.

Die Kriterien für die Beurteilung leuchten ein, trotzdem seien Fragen erlaubt:

- Sind die Beurteilenden - auch wenn ihnen ein gutes Sensorium zugestanden wird - ausgebildet für diese Aufgabe?
- Beurteilt jedes Dreierteam gleich? Bekannt ist ein Beispiel aus der Wirtschaft: Eine Mitarbeiterin wurde von ihrem Vorgesetzten an die Spitze der 18 Angestellten seiner Abteilung gestellt. Sie sei kreativ, ini-

tiativ, selbständig, entscheidungsfreudig und verantwortungsbewusst, lautete der Tenor der Beurteilung. Im nächsten Jahr setzte sie aber ihre neue Vorgesetzte auf die zweitletzte Stelle ihrer Abteilung. Sie sei zu wenig flexibel, stur, habe Schwierigkeiten, Weisungen exakt auszuführen, sei nicht kooperativ und damit auch in einem gewissen Grad unzuverlässig.

- Ist LQS der spezifischen Arbeitssituation der einzelnen Lehrperson angemessen?
- Fördert LQS die Teamarbeit in der Schule?
- Ist LQS motivierend für Lehrpersonen?
- Schafft das LQS Anreize zur Optimierung oder Verbesserung der Lehrbefähigung?
- Ist eine Merkmalqualifikation tauglich angesichts des vielseitigen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Lehrpersonen?
- Sind die Ziele gemäss Lehrplan messbar?
- Sind denn die zehn Grundhaltungen, die die Volksschule gemäss Lehrplan prägen sollen, messbar?
- Ist die Schule kommerziell ausgerichtet?

Lehrerbildung 2000

Ende April 1997 war die Vernehmlassung zur Lehrerbildung 2000 abgeschlossen. Themenbereiche waren:

- «Fächergruppenlehrkraft»: Lehrkraft, die sowohl auf der Primarschul- wie auf der Sekundarstufe I eine bestimmte Anzahl Fächer erteilt – ähnlich der Organisation der heutigen Sekundarschule.
- «Stufenlehrkraft auf der Sekundarstufe I»: Lehrkraft, die in der Dreiteiligen Sekundarschule oder in der Gegliederten Sekundarschule über die Lehrbefähigung für den Unterricht einer Anzahl von Fächern in allen Klassen und auf allen Stufen und Niveaus verfügt.
- «Eingangsstufenlehrkraft»: Lehrkraft, die sowohl auf der Vorschulstufe (Kindergarten) als auch an der 1. und 2. Klasse der Primarschule unterrichtet.
- «Zulassungsvoraussetzungen»: Für Lehrkräfte der Primarschule und der Sekundarstufe I gymnasiale Maturität; für Lehrkräfte der Vorschulstufe und für Gruppenlehrkräfte in den Fächern Handarbeit,

- Hauswirtschaft, Sport und Zeichnen bestandene Aufnahmeprüfung nach abgeschlossener Mittelschule auf dem Niveau der zürcherischen Diplommittelschule, auf dem zweiten Bildungsweg in der Regel einen Schulabschluss auf dem Niveau einer zürcherischen Sekundarschule, eine mindestens dreijährige Berufslehre und eine ausreichende Zusatzausbildung in allgemein bildenden Fächern oder - als Varianten - gymnasiale Maturität für sämtliche Lehrerkategorien, Sonderregelungen für Berufsleute mit mehrjähriger Berufserfahrung.
- «Institutionen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung»: Gesamte postmaturitäre Lehrerbildung (Basisausbildung und stufenspezifische Ausbildung) an einem selbstständigen Institut der Universität, Integration der Ausbildung in den Fächern «Handarbeit» und «Hauswirtschaft» in die stufenspezifischen Ausbildungsgänge oder sämtliche Lehrerbildung an einer zu gründenden Pädagogischen Hochschule.

Einigkeit besteht einzig darin, dass eine pädagogisch fundierte, professionelle Ausbildung für «Stufenlehrkräfte auf der Sekundarstufe I», welche dem definierten Einsatzprofil zu genügen vermag, nicht leistbar ist und dass über die «Eingangsstufenlehrkraft» keine definitiven Aussagen gemacht werden können, da keine verlässlichen Erfahrungsunterlagen vorliegen. In allen andern Punkten werden divergierende Ansichten vertreten.



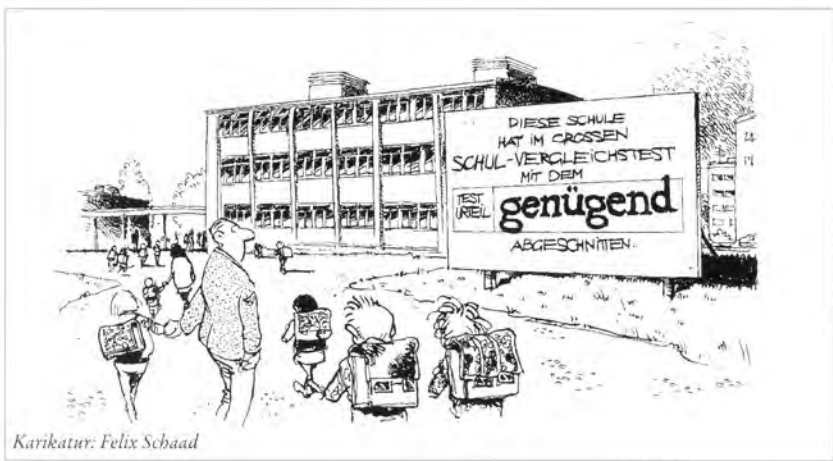
Seit dem 30. Juli 1997 liegt ein neuer Gesetzesentwurf vor: «Gesetz über die Ausbildung der Lehrkräfte und über die Pädagogische Hochschule». Die Vernehmlassung läuft bis 27. Februar 1998.

Die Pädagogische Hochschule – kein gemeinsames Haus, eher eine Streusiedlung beidseits der Limmat – wird klar favorisiert. Die Universität Zürich nimmt für die Sekundarlehrerausbildung im Rahmen eines Zusammenarbeitsvertrags Aufgaben im Gebiet der fachwissenschaftlichen Ausbildung wahr. Erstaunlich – in Europa zielt die Ausbildung aller Lehrenden eindeutig Richtung Universität und ist zu einem grossen Teil bereits Realität! Die Frage ist wirklich berechtigt: Wollen wir eine über Jahre bewährte Lehrerausbildung so einfach preisgeben?

Teilautonome Volksschulen – New Public Management

Ab Schuljahr 1997/98 erproben 20 Schulen aus 8 Gemeinden die «Teilautonome Schule» (TaV). Vorausgegangen sind in vielen Schulhäusern und Schulgemeinden intensive Diskussionen über das Projekt. Schulautonomie ist zu einem Thema geworden, an dem sich die schönsten Hoffnungen, aber auch die grössten Ängste entzünden.

Unbestritten ist, dass sich die Schule den grundlegenden Veränderungen unserer Gesellschaft und der Globalisierung nicht verschliessen darf. Fraglich ist, ob das New Public Management, das zurzeit politische und wirtschaftliche Diskussionen beherrscht, bei diesen Veränderungen Pate stehen muss. Die pädagogischen Anliegen und das Unterrichten als Hauptgeschäft der Schule, die Sozialisierungsaufgaben der Schule in Ergänzung zum Elternhaus geraten so unter die marktwirtschaftlichen Deregulierungsräder und damit unter den Leistungsdruck. Das Interesse an der Schule droht zu einer reinen Ökonomiebetrachtung zu verkommen. Nichts gegen Leistungsansprüche an die Schule. Aber die wachsenden pädagogischen Ansprüche verbieten die unbesehene Übertragung von Ökonomietheorien aus der Managementlehre von Profitorganisationen auf die Schule. Welche Erfahrungen macht man wohl während der Erprobung?



Was ist NPM?

New Public Management

(NPM) oder wirkungsorientierte Verwaltungsführung will die staatliche Tätigkeit über den Output (Leistungsaufträge) statt den Input (finanzielle und personelle Ressourcen) steuern. Die einzelnen Ämter oder Verwaltungszweige erhalten lediglich noch ein Globalbudget, mit welchem sie definierte Produkte möglichst gut (und marktgerecht) zu erbringen haben. Wie die Mittel im Einzelnen eingesetzt werden, entscheidet nicht mehr das Parlament.

Beim NPM wird unterschieden zwischen der normativen bzw. normativ-strategischen (Parlament), der strategischen bzw. strategisch-operativen (Regierung) und der operativen Ebene (Verwaltung).



Handelt es sich beim NPM wirklich um etwas anderes als um verkappte Sparübungen und verspäteten Thatcherismus, die nur eine Vorstufe zur Privatisierung der profitablen Teile eines Staates darstellen?

Rechtschreibreform (1996)

Gegen die Rechtschreibreform wird Sturm gelaufen - vor allem in der Bundesrepublik Deutschland: Schriftsteller verweigern sich und sprechen von der «Zerstörung» der deutschen Sprache, Gerichte werden bemüht, das Reformwerk soll gestoppt werden. Daneben beschäftigt sich die Kritik mit der Frage, ob die Neuregelung der deutschen Sprache durch Minister verordnet werden soll oder ob Parlamente darüber zu entscheiden haben. Bedauerlicherweise geht es praktisch gar nicht mehr um die Reform. Hier liesse sich nämlich sehr leicht zeigen, wie sinnvoll die Neuregelung ist. Es geht nämlich darum, die überlieferte Rechtschreibung systematischer, besser lehr- und lernbar und besser handhabbar zu machen. Zugegeben, die Reform hätte noch weitergehen können, aber ein viel versprechender Anfang ist sie alleweil.

Die Neuregelung der Rechtschreibung soll am 1. August 1998 wirksam werden. Für ihre Umsetzung ist eine Übergangszeit bis zum 31. Juli 2005 vorgesehen.

«Das ist doch einleuchtend. Jetzt machen wir sicher weniger Fehler. Noch lieber wäre es uns, wenn die gemässigte Gross- und Kleinschreibung - wie im Französischen - eingeführt würde.»



Aus Schulen, die dabei sind, die Reform umzusetzen, sind die Rückmeldungen positiv. Die Schreibenden haben es leichter. Die Lesenden haben keine Mühe. Vergessen wir doch die Mühen nicht zu schnell, die wir alle mit der alten Regelung hatten: «beim alten bleiben», aber: «beim Bisherigen bleiben»; «der Vorfall macht mir Sorge», aber: «der Vorfall macht mir angst»; «Zug fahren» und «ich fahre Zug», aber: «radfahren» und «ich fahre Rad»; «er musste sitzenbleiben» (übertragener Sinn: «eine Klasse wiederholen») und «er musste sitzen bleiben» (eigentlicher Sinn).

Wir haben eine Neuregelung, zwischenstaatlich vereinbart, sie ist in den Wörterbüchern und zum Teil auch in den Lehrmitteln bereits umgesetzt. Sie hilft den Lernenden und macht das Schreiben leichter.

Der Beitrag «Schule 1959 bis heute» wurde nach der neuen Rechtschreibung geschrieben. Ist er deswegen unverständlich?

Ulrich Knobel

Bildernachweis:

S.55: aus «Schule, Schüler und Lehrer» (SLZ-Taschenbuch Nr. 6, 1981, S. 26)

S.58: aus «Schule, Schüler und Lehrer» (SLZ-Taschenbuch Nr. 6, 1981, S. 86)

beides Karikaturen von Hermenegild Heuberger

S. 65, 67, 74, 76 u. 78: Karikaturen aus der Sammlung von Ulrich Knobel

S. 63 u. 68: Grafiken von Ulrich Knobel

S. 70 u. 79: Fotos von Ulrich Knobel

Als die Schule noch im Dorf stand

Vier Maurmerinnen und Maurmer blicken zurück auf ihre Schulzeit vor fünfzig und mehr Jahren

Um das Thema dieses Heftes darzustellen, muss man es von aussen betrachten. Doch erst der Blick von innen her – durch Zeitgenossen – gibt ihm auch Fleisch und Blut. Wie sah der Schulalltag in unserer Gemeinde vor rund fünfzig Jahren aus? Vier Maurmerinnen und Maurmer erinnern sich an ihre Schulzeit in den zwanzig Jahren zwischen 1933 und 1952. Welche Gedanken und Gefühle kommen ihnen beim Rückblick?

Juni 1997: Vier leicht bis ganz ergraute Frauen und Männer lassen ihre Schulzeit vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg an ihrem inneren Auge vorüberziehen:

Vreni Burkhard (1935) vom Lüssihof in Aesch, **Ernst Gut** (1926) aus Binz, **Ursi Trüb** (1936) vom Sennhof am Huhrain und **Hans Vollenweider** (1928) ebenfalls aus Maur entwerfen ein vielschichtiges, kritisch beleuchtetes Bild ihrer Schulzeit. Entsprechend der Lage ihres Elternhauses besuchten sie die Primar- und – soweit es die Frauen betraf – die Nähschule in Aesch und Ebmatingen, in Maur oder Uessikon. Die Sekundarschule stand für alle im Dorf Maur.



Vreni Burkhard als Primarschülerin.

Mit Begeisterung steigt die Gesprächsrunde in das Thema ein: «Das waren noch Zeiten!» Gerne erinnern sie sich an die Schule. Aber sie noch einmal erleben müssen? Nein! Zu vieles hat sich seither geändert. Zu vieles war – bei näherem Hinschauen – dennoch schwer.

Bunt gemischte Mehrstufenklassen

Schon die Klassen. Jahrgangsklassen waren noch unbekannt. Bis zu sechs Stufen wurden gemeinsam unterrichtet. Das brachte für die aufgeweckten Kinder Vorteile mit sich. Sie wussten im Voraus, welcher Stoff in der nächsten Klasse an die Reihe kam. Auch förderte der gemeinsame Unterricht die Konzentrationsfähigkeit bei der stillen Arbeit.

Zudem bildete sich in den Mehrstufenklassen eine familienähnliche Gemeinschaft heraus: Hier fanden auch Schwächere eine Nische und fühlten sich geborgen. Hier wurden Spannungen direkt ausgetragen. Freilich entstanden diese noch weniger durch soziale Unterschiede - selbst Lehrer- und Pfarrerskinder integrierten sich in das rein bäuerliche Milieu - als durch Fehden zwischen den einzelnen Ortsteilen oder Altersstufen. Die Kinder hatten ihre eigene, ständig neu erkämpfte Rangordnung: offensichtlich eine andere als die Erwachsenen. Schwierig konnte es werden, wenn sich Banden unter einem Anführer zusammenschlossen.

Strenge, doch - meist - gerechte Lehrer

Der Lehrer anno dazumal genoss eine unumstrittene Autorität. Einzelne dieser Persönlichkeiten gruben sich tief in das Gedächtnis der Kinder ein: «die Seklehrer» Emil Heusser und Ernst Kündig, die Primarlehrer Albert Egli (Maur), Paul Heusser (Aesch) und Hans Keller (Ebmingen). Bei ihrem Unterricht wusste man, womit man zu rechnen hatte: im Guten wie im Bösen.

Der Uessiker Primarlehrer Kurt Werner war bei seinen Zöglingen so beliebt, dass diese «heulten», als er in den Aktivdienst einrückte. (Es war die Zeit des Zweiten Weltkrieges und der häufigen Lehrerwechsel.) Bestimmte Lehrer schätzte man, weil man viel bei ihnen lernte. Doch alle waren streng. Wie sonst hätten sie sich durchsetzen können? Die Klassen waren gross und bunt zusammengewürfelt. So gab es etwa 1937 in Maur 72 Schülerinnen und Schüler. Zudem war «Sonderpädagogik» noch ein Fremdwort: Linkshänder wurden auf



Ursi Trüb: Sekundarschule.

Sie selbst hinten rechts neben Lehrer Ernst Heusser. Der andere Lehrer links: Ernst Kündig.

die rechte Hand umgepolt. Schwache Schüler wiederholten eine Klasse mehrere Male und wurden schliesslich durchgezogen, bis sie das Schulaustrittsalter erreichten.

Strenge musste sein: Schmierte ein Lehrer einer Schülerin die noch tintenfeuchte, in «Sauklaue» geschriebene Heftseite ins Gesicht, so gab sie sich fortan grössere Mühe. Eine Ohrfeige schmerzte nur, weil man sich hatte erwischen lassen. Bittere Gefühle jedoch kamen hoch, wenn die Strafe allzu brutal war oder - noch schlimmer - ungerecht: Richtete sich die Behandlung eines Schülers nach dem Rang der Eltern, galt ein schwerhöriger Vater als dumm und wurden seine Kinder in der Schule entsprechend traktiert, dann fühlten sich diese der Macht des Lehrers ausgeliefert und vergassen ihm dies bis heute nicht.

Gut vorbereitet auf das Leben

«Die modernen Lehrmethoden mögen zwar menschlicher sein» - so im nachhinein das vierstimmige Urteil - «doch sind sie auch besser: wenn die Eltern ihren Kindern bereits in der zweiten Klasse nicht mehr bei den Aufgaben helfen können, und die Zahl der Analphabeten unter den Erwachsenen eher zu- als abnimmt?» Da fragt sich die Gesprächsrunde und staunt noch heute: «Wie ernsthaft - und erfolgreich - übten wir das Schönschreiben, bemühten wir uns um einen guten Stil, wie viele Gedichte und Lieder von damals können manche von uns noch auswendig!» Ganz zu schweigen von den Kenntnissen im Kopfrechnen, in Geographie, Geschichte oder Französisch. «In der Schule lernten wir alles, was wir für das Leben brauchten. Spezialisieren konnten wir uns später: in der Berufsschule, in Abendkursen...»

Freilich dem Computerzeitalter würden die Lehrmethoden und -bücher von anno dazumal nicht mehr genügen. «Ein neues Kapitel hat begonnen.» Entspannt lehnen sich die vier alt Schülerinnen und Schüler in ihren Stühlen zurück: «Ja, das waren noch Zeiten...»

Gisela Goehrke

Bildernachweis:

S. 76: Aus dem Privatbesitz von Vreni Burkhard

S. 78: Aus dem Privatbesitz von Ursi Trüb

Portrait 1998

Helen Aeberhard



Die Geschichte unserer Schule wäre lückenhaft, wollte man die hinter der Lehrtätigkeit und dem Unterricht notwendige Infrastruktur unerwähnt lassen. Einst genügte es in einer Landgemeinde, ein bescheidenes Schulhaus zu bauen und dem Lehrer eine ebenso bescheidene Besoldung auszurichten, Lehrerwohnung und Gemüsegarten inklusive. Später hatte der Lehrer als Aktuar nebst dem Schulpflegeprotokoll auch die etwa anfallenden Korrespondenzen zu führen. Heute unterrichten in unseren Gemeinden meist mehrere Dutzend Lehrpersonen mit unterschiedlichen Aufgaben, Pensen und Besoldungen. Neben dem Klassenunterricht gibt es verschiedene Ergänzungen: Freifächer, Musikunterricht, Stützunterricht, Therapien usw. Dafür sind Räume notwendig, so dass die Schule zahlreiche Liegenschaften bereitstellen und unterhalten muss. Im weiteren hat die Schule soziale und gesundheitliche Aufgaben für die Schüler zu übernehmen. Die wichtigen Entscheidungen in diesen Belangen werden zwar von den gewählten Mitgliedern der Schulpflege getroffen, doch ist für das Bereitstellen der Grundlagen, für den Vollzug von Beschlüssen und die Sicherstellung der Kontinuität ein zuverlässiges Sekretariat unentbehrlich. Darum wird hier mit Helen Aeberhard eine Frau porträtiert, die während vielen Jahren der Schulbehörde als unentbehrliche Stütze diente. Das Porträt will zeigen, wie sie dazu kam, was sie für Aufgaben hatte und warum sie es so lange tat.

Helen Aeberhard stammt aus dem Appenzellerland, was man ihrem lupenreinen Zürichdeutsch freilich nicht mehr anmerkt. Den grössten Teil ihrer Schulpflicht erfüllte sie bei den Schwestern vom Heiligen Kreuz in Ingenbohl. Nach der Schule absolvierte sie das damals noch übliche Welschlandjahr und erwarb später das Handelsdiplom. Mit dieser soliden Ausbildung arbeitete sie mehrere Jahre bei der PTT.

Die seinerzeit höchst bescheidene Entlöhnung im öffentlichen Dienst veranlasste sie, ins Gastwirtschaftsfach zu wechseln, wo sie ihren zukünftigen Gatten kennenlernte. Mit der Heirat kam sie ins grosse alte Bauernhaus im Unterdorf von Maur. Hier fand sie mit Heim, Garten und bald einmal vier Kindern - einer Tochter und drei Söhnen - einen grossen Wirkungsort für ihre Schaffenskraft. Doch genügte ihr das nicht. Die Tätigkeit im Gastgewerbe hatte sie vor der Heirat aufgegeben, übernahm aber eine Stelle in der Liegenschaftenverwaltung einer grossen Firma, was ihr später im Schulsekretariat wieder von Nutzen sein sollte.

Eines Tages in den sechziger Jahren wurde sie von der Schulpflege in die Frauenkommission gewählt und hatte dort das Aktuariat zu führen. Später war sie während vier Jahren Präsidentin dieser Kommission. Weil sie sich in diesen Funktionen bereits gut mit den administrativen Aufgaben der Schule, insbesondere auch mit dem unerlässlichen Formulkrieg vertraut machen konnte, wurde sie 1971 von der Schulpflege gebeten, den Aktuar der Behörde durch Übernahme eines Teils der immer umfangreicher werdenden Sekretariatsarbeiten zu entlasten. Das war der Anfang des Schulsekretariats. Dies bestand zunächst nur aus einer alten Schreibmaschine und einigen Aktenordnern im Arbeitszimmer des Hauses Aeberhard. Die wachsende Papierflut und die Belastung des Familienlebens durch Telefonanrufe führten dazu, der Schulsekretärin im alten Schulhaus einen kleinen Raum zur Verfügung zu stellen.

In den siebziger Jahren setzte das grosse Bevölkerungswachstum der Gemeinde Maur ein, womit auch die Schülerzahlen und der Verwaltungsaufwand rasant zunahmen. Das Teilzeit-Sekretariat musste

deshalb schon nach kurzer Zeit durch eine weitere Teilzeitstelle ergänzt werden. Das machte natürlich eine Arbeitsteilung notwendig. Helen Aeberhard fielen hauptsächlich die folgenden Aufgaben zu: Terminüberwachung, Bereitstellen der Unterlagen für Behörden-sitzungen, Protokollführung, Überwachung des Vollzugs von Schulpflegebeschlüssen, Budgetierung, Budget-, Kontierungs- und Zahlungskontrolle, Kontrolle der Besoldungen, Bearbeitung von Beitragsgesuchen, Entwürfe für die Informationen aus der Schulpflege und die Organisation zahlreicher Anlässe der Schule. Schliesslich wurden ihr 1986 noch die Verwaltung aller Schulliegenschaften und in diesem Zusammenhang das Aktuariat der Baukommission der Schulgemeinde übertragen, ein gerütteltes Mass Arbeit für eine Halbtagsstelle.

Mit Rücksicht auf ihre anderen Aktivitäten, auf die noch einzugehen ist, hatte sie eigentlich die Absicht, mit 60 Jahren ihr Amt aufzugeben. Das Rücktrittsschreiben lag schon bereit. Da die Schulpflege damals prüfte, für bestimmte Verwaltungsarbeiten EDV-Anwendungen einzuführen, besuchte Helen Aeberhard verschiedene PC-Kurse. Sie war von diesen Arbeitsinstrumenten sofort überzeugt und begeistert. Die Schulpflege liess im Schulsekretariat einen PC-Arbeitsplatz einrichten, was zur Folge hatte, dass die Sekretärin, aus Spass - wie sie sagt - ihren Rücktritt um drei Jahre hinausschob.

Um zu vermeiden, dass gleichzeitig mit der Neuwahl der Schulpflege im Frühjahr 1994 auch ein Personalwechsel im Sekretariat eintrete, zog sich Helen Aeberhard dann aber 1993 zurück. Als Abschiedsgeschenk erhielt sie, wen wundert's (!), einen Macintosh-Computer. Im nachhinein wurde ihr aber noch die Ordnung des Schulgemeindearchivs übertragen, denn niemand wusste so zuverlässig wie sie, welche Akten bewahrenswert sind und was in welches Dossier gehört.

Neben Beruf und häuslicher Arbeit hatte Helen Aeberhard über viele Jahre einen weitherum beachteten und benützten Kostümverleih aufgebaut und betrieben. Begonnen hatte es mit der Idee, einen et-

was müden Bockabend in der «Schiffflände» mit einigen kostümierten Damen aus dem Turnverein in Fahrt zu bringen. Das schlug ein; man wandte sich für weitere Anlässe an sie; schliesslich verfügte sie über einen Bestand von beinahe 400 Kostümen. Dieses arbeitsintensive Unternehmen löste sie nach rund 16 Jahren auf, die Kostüme verkaufte und verschenkte sie.

Wer so vieles betreibt, hat auch noch Zeit für mehr. Helen Aeberhard gehört seit über drei Jahrzehnten dem Frauenverein an (nicht als Passivmitglied); sie wirkte bei den Feldschützen mit und betätigt sich seit einigen Jahren aktiv im Freundeskreis der rumänischen Stadt Chendu.

Befragt zu ihrer Beurteilung der Schulentwicklung aus der Perspektive der Administration meint sie, der Verwaltungsaufwand habe während der Zeit ihres Wirkens für die Schule enorm zugenommen, vor allem aufgrund von Aufgaben und Neuerungen, welche der Kanton den Schulgemeinden laufend überbindet. Vieles könne sie jedoch als Verbesserung begrüssen. Sie schaut gerne zurück auf ihre Tätigkeit für die Schule Maur, nicht zuletzt, weil sie stets in bestem Einvernehmen mit ihrer vorgesetzten Behörde, der Schulpflege, und auch mit der Lehrerschaft, ihre Arbeit tun konnte. Man möchte beifügen, dass sie dafür die notwendige und beste Voraussetzung selber mitbrachte: Freude an jeder Arbeit, denn Leben heisst für Helen Aeberhard tätig sein.

Hans-Rudolf Thalmann

Bildnachweis:

Foto S. 85: Marianne Thalmann

Maurmer Chronik 1996/1997

Gemeindeversammlungen der politischen Gemeinde, der Kirchgemeinde und der Schulgemeinde; Wahlen

(in chronologischer Reihenfolge)

Am 9. Dezember 1996:

Gemeindeversammlung (anwesend 149 Stimmberechtigte)

Politische Gemeinde

Folgende Geschäfte wurden genehmigt:

Voranschlag 1997 des Politischen Gemeindegutes.

Der Steuerfuss des Politischen Gemeindegutes wird unverändert auf 37 % des voraussichtlichen einfachen Staatssteuerertrages von Fr. 25,8 Mio. festgesetzt.

Privater Gestaltungsplan «Wassberg», Forch.

Abrechnung für die Ausarbeitung der kommunalen Energieplanung; Kredit Fr. 55'000.-, Abrechnung Fr. 55'475.25.

Bauabrechnung Umbau Gemeindehaus; Kredit Fr. 1'980'000.-, Abrechnung 2'641'493.80.

Schulgemeinde

Der Voranschlag 1997 und die Steuerdekreditierung werden genehmigt. Das Schulgut erhebt für das Jahr 1997 einen Steuersatz von 48 % des einfachen Steuerertrages.

Am 12. Dezember 1996:

Kirchgemeindeversammlung (Anwesend 28 Stimmberechtigte)

Reformierte Kirchgemeinde

Folgende Geschäfte werden genehmigt:

Voranschlag 1997 und Steuerfussfestlegung. Der Steuerfuss für das Kirchengut wird auf 10% (wie Vorjahr) des voraussichtlichen einfachen Staatsteuerertrages festgesetzt.

Bauabrechnung Teilrenovation Pfarrhaus Maur;

Kredit Fr. 180'000.-, Abrechnung 183'962.65.

Bauabrechnung Innenrenovation Haus im Grund, Ebmingen;

Kredit Fr. 110'000.-, Abrechnung Fr. 98'766.10.

Am 24. März 1997:

Gemeindeversammlung (Anwesend 147 Stimmberechtigte)

Politische Gemeinde

Die Bauabrechnung für die Sanierung des Uessiker Dorfbaches wird genehmigt; Kredit Fr. 141'000.-, Abrechnung Fr. 134'005.90.

Der Kreditantrag von Fr. 240'000.- für den zweijährigen Versuchsbetrieb eines Kleinbusses zwischen Scheuren und Ebmingen wird zurückgewiesen.

Schulgemeinde und Politische Gemeinde

Folgende Geschäfte werden genehmigt:

Einbau von Zivilschutzräumen unter der Turnhalle Pünt,

Kredit 973'000.-.

Sanierung und Erweiterung des Turnhallentraktes Pünt,

Kredit Fr. 1'865'000.-.

Schulgemeinde

Die Bauabrechnung für den Velounterstand bei der Oberstufenschulanlage Looren wird genehmigt; Kredit Fr. 226'000.-, Abrechnung Fr. 212'867.55.

Am 16. Juni 1997:

Gemeindeversammlung Anwesend 189 Stimmberechtigte)

Schulgemeinde

Die Jahresrechnung 1996 des Schulgütes wird genehmigt. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 829'175.20, z.T. Buchgewinne aufgrund der neu bewerteten Liegenschaften, wird dem Eigenkapital zugeschlagen.

Politische Gemeinde

Folgende Geschäfte werden genehmigt:

Jahresrechnung 1996. Der Ertragsüberschuss, der Laufenden Rechnung von Fr. 5'694'024.85, z.T. Buchgewinne aufgrund der neu bewerteten Liegenschaften, wird dem Eigenkapital zugeschlagen.

Bauabrechnung Gehweg Zürichstrasse, Binz;
Kredit Fr. 792'000.-, Abrechnung Fr. 737'821.75.

Bauabrechnung Sanierung Schlachtlokal Aesch;
Kredit Fr. 184'000.-, Abrechnung Fr. 168'509.80.

Sanierung Quellfassungen Tägernmoos, Forch,
Kredit Fr. 338'000.-.

Strassenraumgestaltungen in Ebmatingen und Aesch.

- Projekt Alte Aeschstrasse, Kredit Fr. 70'000.-

- Projekt Stuhlenstrasse, Kredit Fr. 80'000.-

- Projekt Wassbergstrasse, Kredit Fr. 105'000.-.

Platzgestaltung Mühle/Säge, Maur, Kredit Fr. 567'000.-.

Am 22. Juni 1997:

Kirchgemeindeversammlung (anwesend 38 Stimmberechtigte)

Reformierte Kirchgemeinde

die Jahresrechnung 1996 der Reformierten Kirchgemeinde wird genehmigt. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 53'080.- wird dem Eigenkapital zugeschlagen.

Am 22. September 1997:

Gemeindeversammlung (Anwesend 109 Stimmberechtigte)

Schulgemeinde

Altbau Schulanlage Leeachen, Ebmatingen:
Der Baukredit für die Erweiterung und Sanierung des Schulraumes im Altbau sowie Erweiterung der Gemeinde- und Schulbibliothek von Fr. 1'030'000.- wird genehmigt.

Politische Gemeinde

Es werden folgende Geschäfte genehmigt:

Sanierung Quelfassungen Stuelen, Ebmatingen
Kredit Fr. 247'000.-.

Sanierung Quelfassungen Tägernmoos, Forch
Kredit Fr. 338'000.-.

Neufassung der Statuten des Zweckverbandes Spital Uster.

Abgeschlossen am 1. November 1997

Markante Ereignisse im Gemeindeleben

Daten in Klammern: ausführliche Angaben
in den Ausgaben der «Maurmer Post»

- | | |
|-----------|--|
| 2. Januar | Neujahrsapéro; die Kulturkommission präsentiert die Maurmer Neujahrsblätter in der Burg Maur. Der Präsident der Kulturkommission, Karl Bertschinger gratuliert zum 10jährigen Jubiläum(10.1.). |
| 2. März | Erneuerungswahl des Friedensrichters: Für die Amtsdauer 1997/2003 wird Werner Maag, Binz, gewählt (7.3.). |
| 15. März | Die Musikgesellschaft Maur feiert den 90. Geburtstag (14.3. und 21.3.). |
| 30. März | Tod der bekannten Künstlerin Maja Zürcher (11.4.). |
| 9. Mai | Elisabeth Balz feiert ihr 20jähriges Jubiläum in der Gemeindekrankenpflege (9.5.). |
| 20. Mai | Gründung der Greifensee-Stiftung. Diese Stiftung baut am oberen Greifensee ein Biotop (30.5.,10.10.). |
| 22. Mai | Nach 14jähriger Amtszeit tritt Ernst Fischer als Präsident der Gesellschaft zum Wettsteinhaus (GzW) zurück. Für das Präsidium wird Frau Maja Hefti gewählt (30.5.). |
| 23. Mai | Nach 22 Dienstjahren bei der Gemeinde Maur geht Paul Oetiker in Pension (23.5.). |

23. Mai Stuelen hat wieder eine eigene Frauenfeuerwehr (23.5.).
24. Mai Hinschied des allseits bekannten Adolf Gut. Adolf Gut versah während 33 Jahren das Amt als Präsident des Schiessvereins Binz-Ebmatingen (6.6.).
29. Mai Ausstellung «David Herrliberger in seiner Zeit» zum Gedenken an den 300. Geburtstag des berühmtesten Maurmers (23.5., 6.6, 11.7.).
31. Mai/
1. Juni «Auf der Promenade», eine musikalische Promenade der besonderen Art des «Orchester Maur», Konzerte im Loorensaal (16.5., 13.6.).
31. Mai Die Gesellschaft für biologischen Land- und Gartenbau, genannt Bioterra, feiert in Maur ihr 50jähriges Bestehen. Bericht von Mina Hofstetter zum heutigen Bioboom (13.6.).
14. Juni Taufe der S-Bahn-Lock «Maur» in Uster. Als Taufpatin amtet Frau Heidi Büchi, Forch (20.6.).
15. Juni Der Elternverein Maur (EVM) feiert sein 10jähriges Bestehen (9.5., 27.6.).
20. Juni Frau Doris Reimann tritt aus gesundheitlichen Gründen von der Schulpflege zurück. Neu gewählt bis zum Ende der Amtsdauer 1994/98 wird Markus Neidhart aus Maur (14.4., 20.6.).
4. Juli Die Sozialdemokratische Partei Maur feiert ihr 25jähriges Bestehen (4.7., 11.7.).
31. Juli Georg Böhler, Maurmer Filmemacher, gewann in Chicago den Gold Camera Award (31. Juli).

- | | |
|------------------------|---|
| 1. August | 1.-Augustfeier mit Brunch beim Pfadiheim Sack auf dem Wassberg (18.7., 15.8.). |
| 22. August | Der Samariterverein Maur feiert sein 75jähriges Jubiläum (23.5.,5.9.). |
| 30. August | Einweihung der neuen Steuerungszentrale der Wasserversorgung Maur (15.8., 22.8., 29.8.). |
| 06. Sept.
07. Sept. | Chilbimärt Muur; durchgeführt vom Gewerbeverein Maur und dem Frauenverein Maur-Uessikon (29.8., 5.9.,19.9.). |
| 24. Okt. | «Kanzley Muur - Truninger»; Mina Truninger kann ihr 35jähriges Dienstjubiläum in der Gemeindeverwaltung Maur feiern (24.10.). |

Abgeschlossen am 1. November 1997

.

..

,

.

Ende 

